



Deutsches
Jugendinstitut

Materialien zum 16. Kinder- und Jugendbericht

Nadine Salihi

Perspektiven junger Menschen zum Thema „Demokratiebildung und politische Bildung“

Sekundärauswertung von Jugendbeteiligungsprozessen für den
16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung

Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit über 50 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält das DJI im Rahmen von Projektförderungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Aktuell arbeiten und forschen 470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) an den beiden Standorten München und Halle (Saale).

Der vorliegende Text wurde als Expertise im Rahmen der Arbeiten zum 16. Kinder- und Jugendbericht erstellt. Ihre Beauftragung erfolgte durch die Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht und wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Der Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht gehörten folgende Mitglieder an: Dr. Reiner Becker, Prof. Dr. Anja Besand, Ina Bielenberg, Prof. Dr. Julia von Blumenthal, Prof. Dr. Andreas Eis, Prof. Dr. Frauke Hildebrandt, Cansu Kapli, Thomas Krüger, Prof. Dr. Dirk Lange, Hanna Lorenzen, Dr. Stine Marg, Prof. Dr. Kurt Möller, Prof. Dr. Christian Palentien und Christian Weis

In der Geschäftsstelle des Deutschen Jugendinstituts e. V. wirkten mit: Dr. Anne Berngruber, Irene Hofmann-Lun, Dr. Sabrina Hoops, Dr. Liane Pluto und Christine Sporrer (Sachbearbeitung)

Impressum

© 2020 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Ansprechpartner:
Christine Sporrer
Telefon +49 89 62306-182
E-Mail sporrer@dji.de

Datum der Veröffentlichung Dezember 2020
ISBN: 978-3-86379-359-3

Inhalt

1	Einführung	5
2	Methodisches Vorgehen	8
3	Auswertungsgegenstand	9
	3.1 Übersicht der analysierten Jugendbeteiligungsprozesse	12
4	Zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse	12
	4.1 Bildung über Demokratie	16
	4.1.1 Grundsätzliche Anforderung an Bildungsprozesse und -strukturen	16
	4.1.2 Spezielle Erwartungen an politische Bildung	17
	4.1.3 Partizipation als Ziel politischer Bildung	18
	4.1.4 Die Bedeutung außerschulischer Angebote	19
	4.1.5 Medienkompetenz als Voraussetzung der Meinungsbildung und Urteilsfähigkeit	19
	4.1.6 Europa	20
	4.1.7 Bildung für mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz	21
	4.2 Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen	21
	4.2.1 Demokratisierung der Schule	21
	4.2.2 Freiräume als Orte der Demokratie	22
	4.2.3 Das Erleben und Erlernen von Demokratie	23
	4.3 Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen	23
	4.3.1 Jugendbeteiligung auf Augenhöhe	24
	4.3.2 Rahmenbedingungen wirksamer Jugendbeteiligung	25
	4.3.3 Verständliche Sprache und verlässliche Kommunikation	25
	4.3.4 Unterstützung von Selbstorganisationen und Freiräumen	26
	4.3.5 Empowerment als Effekt von Partizipation	27
	4.3.6 Kontinuierliche und rechtlich verbindliche Partizipation	27
	4.3.7 Nachhaltigkeit als Beteiligungsthema	29
5	Ergebnisse der Analyse nach Beteiligungsprozessen	30
	5.1 Ichmache>Politik (2011-2014)	30
	5.2 Ichmache>Politik Demografie (2014-2017)	32
	5.3 Jugendworkshop zur Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015)	32
	5.4 JuPiD Jugend und Politik im Dialog (2016)	33
	5.5 JugendPolitikTage (2017)	35
	5.6 Jugenddialog „Unser Klima! Unsere Zukunft!“ (2017)	36
	5.7 Youth Goals (2017-2018)	38
	5.8 youpaN (2017-2019)	39
	5.9 Webdays (2018)	40

5.10	Urbane Liga (2018)	40
5.11	JugendPolitikTage (2019)	41
5.12	Jugend-Audits im Rahmen der Entwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung (2019)	42
5.13	UNICEF-Umfrage: My place, my rights – jetzt rede ich! (2019)	43
6	Abschließende Bemerkungen	45
7	Quellen- und Literaturverzeichnis	46

Redaktioneller Lesehinweis:

Für die Veröffentlichung wurden die Expertisen für den 16. KJB neu und einheitlich formatiert. Um die im Bericht in der Fassung der Bundestagsrucksache 19/24200 vom 11.11.2020 zitierten Quellen aus den Originaltexten in der vorliegenden Fassung schnell überprüfen zu können, werden im Folgenden die entsprechenden Belegstellen aus dem Bericht in der vorliegenden Fassung nachgewiesen:

Zitat 16. KJB	(Seite im KJB)	Zitat in der vorliegenden Fassung
S. 13	(S. 306)	S. 19
S. 14	(S. 306)	S. 20
S. 14	(S. 317)	S. 20
S. 22	(S. 341)	S. 30
S. 22	(S. 343)	S. 30

1 Einführung

Im 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zum Thema „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ sollen auch Perspektiven unterschiedlicher Gruppen junger Menschen berücksichtigt werden. Um das zu unterstützen, wertet die vorliegende Recherchearbeit ausgewählte Jugendbeteiligungsprozesse aus, die bereits abgeschlossen und dokumentiert sind. Damit wird der Sachverständigenkommission zur Erstellung des 16. Kinder- und Jugendberichts eine sinnvolle Zusammenführung und systematische Aufbereitung möglichst vieler Positionen und Sichtweisen junger Menschen zum Thema „Demokratiebildung und politische Bildung“ zur Verfügung gestellt.

In Vorbereitung auf diese Sekundäranalyse war es wichtig, das Verständnis von Demokratiebildung, demokratischer Bildung und politischer Bildung zu klären und somit relevante Inhalte erkennen zu können. Demokratiebildung und demokratische bzw. politische Bildung werden für diese Analyse insofern als Einheit verstanden, als dass es sowohl um Wissen als auch um praktische Erfahrungen und Erlebnisse mit Demokratie und Politik geht.

Diese Arbeit basiert auf einem etablierten Verständnis politischer Bildung, das in der Fachliteratur weithin geteilt wird und von Hafener folgendermaßen formuliert wurde: „Politischer Bildung geht es nach einem prinzipiellen und weitgehend konsensfähigen Selbstverständnis nicht lediglich um kognitive Wissensvermittlung, sondern zugleich um handlungsorientierte Lernprozesse mit der Perspektive, dass das gelernte Wissen auch im staatsbürgerlichen Handeln, in der biographischen Entwicklung und der politisch-sozialen Lebenswelt reflexiv bedeutsam und praktisch relevant ist bzw. wird (Hafener 2018, S. 1111).“

Demokratische Prozesse und die Weiterentwicklung von Demokratie erfordern kompetent handelnde Individuen. Junge Menschen werden im Rahmen politischer Bildung zum sozialen und politischen „Sehen, Beurteilen sowie Handeln“ befähigt und in ihrer demokratischen Rolle ernstgenommen. Sie agieren selbst und gestalten ihre Lebenswelt mit. Ziel des partizipativen politischen Handelns ist es, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen (vgl. Kaase 1997, S. 16).

Diese theoretischen Vorüberlegungen ermöglichen einen umfassenden Blick auf Demokratiebildung und politische Bildung. Sie öffnen gleichzeitig das Untersuchungsfeld zu verschiedenen Orten und Akteuren, die nicht ausschließlich der politischen Bildung dienen. Demokratische Prozesse zu lernen und zu leben, durchzieht jeden Lebensbereich – sei es das Aufwachsen und das wertschätzende Miteinander in der Familie, Mitgestaltungs- und freie Entfaltungsmöglichkeiten in der Schule oder partizipativ politisches Handeln im Kinder- und Jugendparlament der Kommune. Durch politische Bildung können eine Vielzahl von Bürgertugenden verinnerlicht werden, die sich auf eine demokratische Gesellschaft auswirken: die Fähigkeiten, Entscheidungen zu treffen, die eigene Meinung zu entwickeln und zu äußern, individuelle Ideen einzubringen und gemeinsam umzusetzen, Interessen in

Debatten auszuhandeln, den Dissens zu akzeptieren – kurzum: den demokratischen Prozess zu praktizieren. Die demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen – außerhalb und innerhalb von Bildungsprozessen und -strukturen – kann als ein Ziel politischer Bildung verstanden werden.

Die vorliegende Sekundärauswertung orientiert sich entsprechend an 3 Dimensionen demokratischer/politischer Bildung:

- an der Bildung über Demokratie/Politik,
- am Demokratischen/Politischen in Bildungsprozessen und -strukturen,
- sowie an der demokratischen/politischen Mitwirkung junger Menschen.

Die 3 Dimensionen dienen der Strukturierung der Analyse. Ihnen wurden Fragen zugeordnet, die zur weiteren Orientierung im Analyseprozess genutzt wurden. Die einzelnen Dimensionen wurden künstlich getrennt, um bei der Komplexität des Themas Übersichtlichkeit herzustellen. Es wird allerdings davon ausgegangen, dass sie eng miteinander verwoben sind.

Bildung über Demokratie

Der Erwerb von Kenntnissen über Politik und Demokratie ist ein Grundstein politischer Bildung. Darüber hinaus ist die Entwicklung von politischer Meinungs-, Urteils- und Handlungsfähigkeit ein wichtiges Ziel sowohl schulischer als auch außerschulischer politischer Bildung.

- Wo, wie und durch wen findet demokratische/politische Bildung statt?
- Wie sollten solche Bildungsangebote sein?
- Welche Inhalte sollten vermittelt werden?

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Demokratiebildung setzt die Möglichkeit und Einladung zur Mitwirkung voraus. Ob es möglich ist, Demokratie in Bildungsprozessen und -strukturen zu praktizieren, ist von den Rahmenbedingungen abhängig.

- Welche Möglichkeiten gibt es für junge Menschen in außerschulischen und schulischen Bildungszusammenhängen, Demokratie zu erfahren?
- Was sollte sich nach Ansicht der jungen Menschen in Bildungsprozessen und -strukturen ändern, damit sie demokratischer werden?

Demokratische Mitwirkung durch junge Menschen

Das mündige, aktiv handelnde Individuum gestaltet Politik mit und bringt sich in Meinungs- sowie Entscheidungsfindungsprozesse ein.

- Wie werden junge Menschen durch demokratische/politische Bildung selbst zu partizipativ politisch Handelnden?
- Welche Themen, Orte und Akteure sind dafür entscheidend?
- Welche Hindernisse können dabei auftreten?

- Welche Voraussetzungen und Unterstützungsangebote sind erforderlich?

Die Sekundäranalyse erhebt bei aller wissenschaftlicher Sorgfalt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. In dieser Arbeit werden Befunde beschrieben und nicht bewertet. Analysegegenstand waren ausschließlich die Ansichten der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen¹.

Auftraggeberin war die Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht.

¹ Im Folgenden werden die teilnehmenden Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zumeist unter dem Sammelbegriff „junge Menschen“ erfasst. Wenn explizit Kinder genannt sind, sind Menschen im Alter bis zu 11 Jahren gemeint. Wird von Jugendlichen gesprochen, sind diese hier als 12- bis 17-Jährige definiert. Wenn junge Erwachsene genannt werden, sind Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren gemeint. Die Aussagen der Teilnehmenden sind hinsichtlich der Zielgruppe oft vage geblieben. Deshalb orientiert sich diese Arbeit (wenn nicht zitiert wird) auch in den inhaltlich zusammenfassenden Abschnitten an dem Begriff „junge Menschen“.

2 Methodisches Vorgehen

Analysiert wurden zuvor aufbereitete Ergebnisse von insgesamt 13 Beteiligungsprozessen, die von 2011 bis 2019 in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurden. Diese lagen in Form von ausführlichen Berichten vor. Die Prozesse waren unterschiedlich umfangreich und vielschichtig. Insgesamt handelte es sich um 529 Seiten Material.

Als geeignetes Instrument zur Beschaffung und Filterung des Analysematerials wurde die *Sekundäranalyse* bestimmt; sie besteht aus der Aneignung und Zusammenstellung bereits vorhandenen Materials. Nach Heaton (Heaton2008) handelt es sich hier um eine ergänzende/erweiterte Analyse (supplementary/amplified analysis), da Dritte bereits eine primäre Auswertung der Rohdaten vorgenommen haben. Zudem wurden mehrere Dokumentationen zusammengeführt, um gemeinsame Themenbereiche zu untersuchen. Ein Vorteil der Sekundäranalyse ist, dass der Rückgriff auf bereits vorhandene Daten aufwendige, neue Erhebungen entbehrlich machen kann. Der Auswertungsgegenstand wird in dieser Arbeit in tabellarischer Form aufbereitet, bevor auf die Ergebnisse eingegangen wird.

Die vorliegenden Ergebnisse der Jugendbeteiligungsprozesse wurden letztlich einer *qualitativen Inhaltsanalyse* (nach Gläser und Laudel 2010) unterzogen. Die Inhaltsanalyse sollte weder quantitative Zusammenhänge entdecken noch repräsentativ für eine Grundgesamtheit sein. Die Dokumentationen wurden mit Hilfe der o. g. Fragen auf ihren Inhalt zu den eingangs genannten 3 Dimensionen demokratischer/politischer Bildung hin geprüft. Anschließend wurden nützliche Kategorien zur Ordnung der Ergebnisse entwickelt und angewandt. Die Analyse des Materials wurde wie beschrieben deduktiv durch theoretische Grundannahmen vorbereitet und durchgeführt. Das Kategoriensystem wurde induktiv und explorativ aus den Analyseergebnissen heraus entwickelt.

3 Auswertungsgegenstand

Bei der Auswahl der Beteiligungsprozesse wurde darauf geachtet, dass ihr Kontext transparent und schlüssig ist. Die Prozesse sind mindestens bundesweit relevant und kommunizieren den Anspruch, junge Menschen in ihrer Vielfalt zu Wort kommen zu lassen.

An den 13 betrachteten Jugendbeteiligungsprozessen haben tausende Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 8 bis 30 Jahren teilgenommen. Eine konkrete Anzahl lässt sich aufgrund der unterschiedlich genauen Erfassung von Teilnehmenden-Zahlen nicht benennen. Die Prozesse fanden sowohl online als auch offline statt. Es wurden mehrtägige Konferenzen und Workshops durchgeführt, es wurden Arbeitsgruppen gegründet und es wurde zu einer Umfrage eingeladen. Die Teilnehmenden der Beteiligungsprozesse und der Umfrage wurden akquiriert über Schulen, Jugendverbände und multimediale Aufrufe. Sie waren bereits organisiert und brachten eine gewisse Expertise zu bestimmten Themen mit oder sie erlebten Jugendbeteiligung als eine neue Möglichkeit, sich zu engagieren. In den meisten Fällen waren Ministerien sowie weitere (oft jugendspezifische) Organisationen involviert. Mitunter waren die Prozesse durch Programme und Strategien motiviert, wie den Nationalen Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und die Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums bzw. der Bundesregierung. Vorherrschende Themen waren: Stadtentwicklung, Digitalisierung, Europa, Klimaschutz und Jugendbeteiligung.

Aufgrund der Vielzahl analysierter Prozesse und der Beschränkung des Umfangs dieser Arbeit werden die Prozesse in diesem Kapitel lediglich knapp zur Information vorgestellt. Im Anschluss werden die Beteiligungsprozesse in einer tabellarischen Übersicht vergleichend dargestellt. Anhand der folgenden Nummerierung wird in der zusammenfassenden Betrachtung der Ergebnisse auf die Beteiligungsprozesse Bezug genommen.

1. Ich mache>Politik (2011-2014), durchgeführt vom Deutschen Bundesjugendring (DBJR)

Das Projekt organisierte bundesweite Jugendbeteiligung zum Entwicklungsprozess der „Eigenständigen Jugendpolitik“ (eigenständiges Politikfeld für die eigenständige Lebensphase Jugend). On- und offline wurden in 7 Beteiligungsrunden tausende Beiträge mit Ideen und Forderungen junger Menschen für eine neue Jugendpolitik gesammelt, diskutiert und priorisiert.

2. Ich mache>Politik | Demografie (2014-2017), durchgeführt vom DBJR

Das Projekt organisierte bundesweite Jugendbeteiligung zur AG „Jugend gestaltet Zukunft“ im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung. In mehreren Beteiligungsrunden befassten sich junge Menschen bundesweit mit Themen und Fragestellungen zum demografischen Wandel. Das Projekt kombinierte On- und Offlineprozesse. Online wurden über 1.000 Forderungen beigetragen.

3. Jugendworkshop zur Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015), durchgeführt von der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

20 Jugendliche und junge Erwachsene nahmen in Berlin am 3-tägigen Jugendworkshop zum Thema „Wie ist eigentlich ‚Die Jugend von heute?‘“ teil. Sie tauschten sich dazu aus, welche Bilder von jungen Menschen in der Öffentlichkeit vermittelt werden. Zudem berieten sie darüber, an welchen Stellen sie sich falsch dargestellt sehen und welche Außenwahrnehmung sie sich wünschen.

4. JuPiD Jugend und Politik im Dialog (2016), durchgeführt vom DBJR

40 Jugendliche und junge Erwachsene diskutierten Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung und den demografischen Wandel im europäischen Kontext. Die mehrsprachige Veranstaltung fand in Deutschland statt. Bei einer EU-Jugendkonferenz 2016 wurden 16 Empfehlungen erarbeitet, wie Europa in Zukunft vielfältiger, vernetzter und inklusiver werden kann.

5. JugendPolitikTage (2017), veranstaltet vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

450 Jugendliche und junge Erwachsene waren zur 3-tägigen Veranstaltung eingeladen. Den roten Faden bildete der 15. Kinder- und Jugendbericht: In Foren und Arbeitsgruppen wurden die Themen und Ergebnisse des Berichts diskutiert und dazu Positionen und Forderungen erarbeitet. Die Ergebnisse flossen in die Jugendstrategie des BMFSFJ ein.

6. Jugenddialog „Unser Klima! Unsere Zukunft“ (2017), veranstaltet vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Anlässlich der 23. Weltklimakonferenz kamen rund 200 junge Menschen in 3 deutschen Städten zusammen, um über Klimawandel und Klimaschutz sowie die Beteiligung junger Menschen an der Klimapolitik zu diskutieren. 24 Vertreterinnen und Vertreter von ihnen trafen sich später zu einem weiteren Workshop. Sie werteten die Ergebnisse aller Dialogveranstaltungen gemeinsam aus und leiteten daraus Empfehlungen und Forderungen ab. Der von ihnen veröffentlichte Jugendreport soll Entscheidungshilfe sein für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbände.

7. Youth Goals (2017-2018), u. a. durchgeführt vom DBJR

Junge Menschen aus der ganzen Europäischen Union (EU) waren aufgefordert, ihre Meinungen und Vorschläge in die Diskussion über die neue EU-Jugendstrategie einzubringen. Europaweit beteiligten sich Zehntausende an diesem Prozess – bei Diskussionsrunden, Projekten, Regionalkonferenzen und über Online-Tools. Bei einer EU-Jugendkonferenz wurden diese Ergebnisse diskutiert und daraus 11 europäische Jugendziele entwickelt.

8. youpaN (2017-2019), umgesetzt von youboX der Stiftung Bildung

Das youpaN soll junge Menschen an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) beteiligen. Das Forum wurde im Sommer 2017 auf der youcoN gegründet. In ihm sind 25 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 23 Jahren vertreten. Bislang wurden 9 Forderungen zu den Themen „Jugendbeteiligung“ und „BNE“ aufgestellt.

9. Webdays (2018), durchgeführt von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Bei der 3-tägigen Jugendkonferenz diskutierten 60 junge Menschen unter der Schirmherrschaft von Verbraucherschutzministerin Katarina Barley über jugendgerechten Daten- und Verbraucherschutz in der digitalen Welt und verfassten eine Agenda.

10. Urbane Liga (2018), ein Projekt vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Die Urbane Liga ist ein Bündnis von sog. jungen Stadtmacherinnen und Stadtmachern, die sich aktiv in die Gestaltung ihrer Städte einbringen möchten. 33 junge Menschen zwischen 17 und 27 Jahren bilden den Jahrgang 2018/19. Im Fokus sind die folgenden Themen: Mitwirkung, Baurecht, Kooperation zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Kernthesen der Urbanen Liga wurden manifestartig zusammengefasst.

11. JugendPolitikTage (2019), veranstaltet vom BMFSFJ

Im Rahmen der Entwicklung der gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung wurden auf der 3-tägigen Veranstaltung Interessen, Bedürfnisse und Meinungen von 450 jungen Menschen gesammelt. Der Slogan der Veranstaltung war „Was wir wollen“.

12. Jugend-Audits im Rahmen der Entwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung (2019), durchgeführt von der Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“

Im Jahr 2019 wurden 3 Jugend-Audits mit jeweils 15 bis 22 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Auftrag des BMFSFJ veranstaltet. Die Themen waren Mobilität, Digitales sowie Bildung und Arbeit, Freiräume, Umwelt, Vielfalt und Teilhabe. Zu den Themen wurden Perspektiven besprochen und Handlungsbedarfe erarbeitet.

13. UNICEF-Umfrage: My place, my rights – jetzt rede ich! (2019), durchgeführt von UNICEF

UNICEF Deutschland nahm den 30. Geburtstag der Kinderrechte zum Anlass, Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre um ihre Meinung zu bitten. UNICEF wollte von ihnen wissen, was ihnen in ihrem direkten Lebensumfeld wichtig ist und was verbessert werden sollte. In Form von Papierfragebögen und einer Online-Umfrage äußerten sich insgesamt 12.009 junge Menschen.

3.1 Übersicht der analysierten Jugendbeteiligungsprozesse

Prozess	Zeit- raum	Themen	Involvierte Akteure	TN- Anzahl	TN- Alter	TN-Akquise	Formate	Quellen
1. Ichmache>Politik	2011 2014	Jugendpolitik und Partizipation, Schule und Beruf, außerschulische Bildung, Jugendbilder, Jugendstrukturen	DBJR, BMFSFJ, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Jugendarbeit und Jugendhilfe, Medien und Wirtschaft	k. A.	12-30	Online-Aufruf, Jugendverbände,	mehrere Beteiligungsrunden, On- und Offlineprozesse	Deutscher Bundesjugendring (2014): Ichmache>Politik Broschüre. Macht>Junge Politik!
2. Ichmache>Politik Demografie	2014 2017	Jugendgerechte Demografiepolitik, „Jugend-Zukunft“ der Jugend, Wirkungsbilder, volle Jugendbeteiligung	DBJR, BMFSFJ, AG „Jugend gestaltet Zukunft“ der Demografiestrategie der Bundesregierung	k. A.	12-30	Online-Aufruf, Jugendverbände, E-Mail	mehrere Beteiligungsrunden, On- und Offlineprozesse	Deutscher Bundesjugendring (2017): Ichmache>Politik Demografie. Demografiepolitik jugendgerecht gestalten
3. Jugendworkshop zur Jugendstrategie des BMFSFJ	2015	Jugendbilder in Medien, Politik und Gesellschaft	Koordinierungsstelle c/o AGJ, BMFSFJ	20	14-25	Jugendverbände, Jugendkonferenzen, Kulturarbeit, Internationale Projekte	3-tägiger Workshop	Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (2015): Dokumentation des 2. Jugendworkshops zur Jugendstrategie – 16. bis 18. Oktober 2015 in Berlin
4. JuPiD Jugend und Politik im Dialog	2016	Diskussion über acht Empfehlungen der EU-Jugendkonferenz von Košice	DBJR, BMFSFJ, EU-Jugendministerien	40	12-30	Online-Aufruf, Jugendverbände, E-Mail	3-tägige Veranstaltung	Deutscher Bundesjugendring (2016): JuPiD 2016 – Jugend und Politik im Dialog 2016. Ergebnisse der Veranstaltung

								Jugendpresse Deutschland, BMFSFJ, Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Koordinierungsstelle c/o AGJ, Jugend. c/o AGJ, Jugend. Pressenetzwerk für Jugendliche, Populismus & Extremismus, Freiräume & Handlungsräume, Beteiligung & Interessensvertretung				Jugendverbände, Jugendforen, Jugendbeiräte, Jugendorganisationspolitischen Parteien, Schülerinnen- und Schülervertretungen, Studierendenvertretungen				3-tägige Veranstaltung: Foren und Arbeitsgruppen	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): JugendPolitikTage 2017. Dokumentation
5.	JugendPolitikTage 2017					450	16-27										
6.	Jugenddialog „Unser Klima! Unsere Zukunft“	2017	Klimawandel, Klimaschutz und Klimapolitik	BMU	200	200	16-25					Online-Aufruf, Schulen, Jugendverbände, persönliche Ansprache	3 Dialogrunden, finaler Workshop mit Jugendbotschafterinnen und -botschafter			Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2018): Broschüre Nr. 10016. Unser Klima! Unsere Zukunft! Jugenddialog anlässlich der 23. Weltklimakonferenz in Bonn / nexus. Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH (2017): Jugendreport – Unser Klima! Unsere Zukunft! Jugenddialog anlässlich der 23. Weltklimakonferenz in Bonn	
7.	Youth Goals	2017 2018	europapolitische Themen	DBJR, BMFSFJ, EU-Jugendministerien	k. A.	k. A.	12-30					Online-Aufruf, Jugendverbände, Jump, E-Mail, nationale Arbeitsgruppe	Diskussionsrunden, Projekte, Regionalkonferenzen, Online-Tools			Deutscher Bundesjugendring (2018): Die Youth Goals – Europäische Jugendziele	

8.	youpaN	Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Jugendbeteiligung	youbox Stiftung Bildung, BMBF, UNESCO-Weltaktionsprogramm: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)	25	16-23	Jugendkonferenz, multimedialer Aufruf, Verbände und Vereine	ständiges Jugendforum	Stiftung Bildung (2019); Forderungen des youpaN
9.	Webdays	Jugendgerechter Daten- und Verbraucherschutz	IJAB, BMJV, Klicksafe, DBJR, Chaos macht Schule, Jugend hackt	60	16-21	Social-Media-Aufruf	3-tägige Konferenz	IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (2018); Agenda. Jugendgerechter Daten- und Verbraucherschutz in der digitalen Welt
10.	Urbane Liga	Stadtentwicklungsthemen, politische Themen	BMI, BBSR, BBR, Stadtstatstrand	33	17-27	multimedialer Aufruf	junges Bündnis, vier Denklabore	Stadtstatstrand (2018); Urbane Liga #Aufakt. Dokumentation / Stadtstatstrand (2019); Urbane Liga Denklabor #2. Mitwirkung und Mitgestaltung, Dokumentation
11.	JugendPolitikTage	Empfehlungen und Positionen für die gemeinsame Jugendstrategie zu den Themen Städte und Dörfer, Bildung und Arbeit, Zusammenleben und Demokratie, Umwelt und Gesundheit	Jugendpresse Deutschland, BMF, SFJ, BMI, BMEL, BMAS, BMBF, BMU, BMJV, BMZ	450	16-27	Jugendverbände, Jugendforen, Jugendbeiräte, Jugendparlamente, Jugendorganisationen politischer Parteien, Schülerinnen- und Schülervertretungen, Studierendenvertretungen	3-tägige Veranstaltung: Foren und Arbeitsgruppen	Jugendpresse Deutschland e. V. (2019); JugendPolitikTage 2019. Dokumentation

12.	Jugend-Audits im Rahmen der Jugendstrategieentwicklung	2019	Mobilität und Digitales sowie Bildung und Arbeit, Freiräume, Umwelt, Vielfalt und Teilhabe	SPI, BMFSFJ	je 15-22	13-25	Jugendverbände, Jugendliche mit und ohne Expertise	drei eintägige Audits	Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ (2019); Jugend-Audit „Vielfalt und Teilhabe“ am 30. März 2019 in Berlin – Kurzbericht / Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ (2019); Jugend-Audit „Umwelt“ am 16. Juni im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit – Bericht / Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ (2019); Jugend-Audit am 25. Mai 2019 in Erfurt zu den Themen „Mobilität & Digitales“ sowie „Bildung & Arbeit, Freiräume“ – Kurzbericht
13.	Umfrage: My place, my rights – jetzt rede ich!	2019	Beteiligungsmöglichkeiten und -themen in Kommunen u. Schule	UNICEF	ca. 12.000	8-17	Schulen	Umfrage, on- und offline	Deutsches Komitee für UNICEF e. V. (2019); Gesamtbericht zu den Umfrageergebnissen. MY PLACE. MY RIGHTS. Jetzt rede ich!

4 Zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der einzelnen Beteiligungsprozesse zusammenfassend betrachtet. Es findet keine Bewertung, Gewichtung oder quantitative Beleuchtung der Ergebnisse statt. Alle Forderungen, Handlungsempfehlungen und Äußerungen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben in der folgenden Zusammenfassung die gleiche Relevanz. In den 3 Dimensionen werden die Ergebnisse Kategorien zugeordnet, die sich im Rahmen der Analyse herauskristallisiert haben. Konkrete Vorschläge und Zitate werden belegt und mit dem jeweiligen Beteiligungsprozess (Punkt 1 bis 13 der Übersicht) in Zusammenhang gebracht, um spezifische Aussagen nachvollziehbar zu machen.

4.1 Bildung über Demokratie

Junge Menschen haben allgemeine Erwartungen an die Gestaltung von Bildung und benennen spezielle Anforderungen an Angebote politischer Bildung. Sie nehmen an, dass politische Bildung im demokratischen Gefüge einen konkreten Einfluss darauf hat, wie politisch aktiv Bürgerinnen und Bürger sind bzw. werden. Sie betonen die Bedeutung von außerschulischen Angeboten und setzen Themen wie Umweltschutz, europäische Politik sowie Digitalisierung.

4.1.1 Grundsätzliche Anforderung an Bildungsprozesse und -strukturen

Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Beteiligungsprozesse äußern viele Vorschläge zur Veränderung von Bildungsprozessen und -strukturen.

Junge Menschen sind der Überzeugung, dass gute Bildungsangebote Theorie und Praxis miteinander verbinden und praktische Erfahrungsmöglichkeiten bieten sollten. Lernprozesse sollten ganzheitlich² angesetzt werden und Raum zur Persönlichkeitsentwicklung lassen. Hierfür wünschen sich die Teilnehmenden methodisch vielfältigen Unterricht. Selbstständiges und gruppenorientiertes Arbeiten soll im Vordergrund stehen. Sie wollen, dass Angebote inklusiv sowie zielgruppen- und lebensweltorientiert sind.

Bildung hat für junge Menschen eine gesellschaftspolitische Bedeutung. Sie sehen Bildung als Möglichkeit des gesellschaftlichen Bewusstseinswandels (z. B. zum

² Den Begriff der „Ganzheitlichkeit“ setzen die Jugendlichen in einigen Jugendbeteiligungsprozessen. „Ganzheitlichkeit“ wird nicht direkt konkretisiert. Aus dem Sinnzusammenhang wird abgeleitet, dass ein Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“ (nach Johann Heinrich Pestalozzi, vgl. Bijan 2018) gemeint sein könnte, das auf den individuellen Lernprozess fokussiert.

Thema Umweltschutz). Sie fordern, dass in der Schule vermehrt soziale Kompetenzen erworben werden. In Bildungsprozessen sollte analytisches und kritisches Denken gefördert und zwischenmenschliche sowie interkulturelle Fähigkeiten unterstützt werden. Antidiskriminierung, Demokratie, Nachhaltigkeit, Gleichstellung der Geschlechter und Inklusion sind Themen, die jungen Menschen besonders wichtig sind. „Diversität und soziale Kompetenz“ wird im Rahmen der Jugend-Audits (Punkt 12 der Übersicht) als Unterrichtsfach vorgeschlagen.

In Lehr-Lern-Situationen fordern die jungen Menschen weniger Leistungsdruck und mehr bewertungsfreie Freiräume. Sie wollen als Individuum wahrgenommen, mit ihren Fähigkeiten und ihrer Persönlichkeit gefördert und mit ihrer Perspektive ernstgenommen werden.

Junge Menschen fordern mehr Freiräume in Schulen, damit sie ihre eigenen Interessen verfolgen können. Weg von Noten und Zeugnissen, hin zu kritischem Denken und Kreativität. Die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften sollte entsprechend der genannten Anforderungen gewährleistet werden.

„Eine Institution, die jungen Menschen beibringen muss, kritisch zu denken, ist die Schule.“³⁽⁴⁾

Junge Menschen sollten Zugang zu allen Bildungsangeboten haben. Gebühren in Bildungseinrichtungen sollten abgeschafft werden, um demokratische Bildungssysteme und gleichwertige Bildungsstandards zu erreichen.

4.1.2 Spezielle Erwartungen an politische Bildung

„Wir fordern, dass unsere Kinder ‚Politik‘ nicht als Fremdwort kennenlernen.“ (5)

Für junge Menschen ist das Wissen über Politik und die kritische Einordnung der Kenntnisse die Basis von politischer Bildung. Und politische Bildung selbst ist aus ihrer Sicht eine wichtige Grundvoraussetzung für erfahrene Demokratie. Junge Menschen fordern, dass politische Bildung in schulischen und außerschulischen Einrichtungen insgesamt einen höheren Stellenwert bekommt.

„Politische Bildung muss knallen!“ (5)

Die Jugendlichen und jungen Erwachsene der JugendPolitikTage 2017 (5) und 2019 (11) sind der Ansicht, dass politische Bildung mit Spaß und Erfolg verbunden sein und entsprechend vermittelt werden sollte. Sie schlagen vor, dass politische Bildung

³ Dieses und alle nachfolgenden Zitate beziehen sich jeweils auf die Quellen in der Übersicht der analysierten Jugendbeteiligungsprozesse in dieser Publikation. Die in Klammer angegebene Zahl verweist auf den entsprechenden Beteiligungsprozess und dessen Quellen in der Übersicht.

bereits ab der 5. Klasse in Schulen unterrichtet wird. Die Teilnehmenden empfehlen, dass ein Werkzeugkasten für politische Beteiligung gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern entwickelt wird.

„Es braucht kompetenzorientierte, fachübergreifende und altersgerechte politische Bildung ab der 5. Klasse, die in einem erlebnisorientierten Politikunterricht zusammengeführt wird.“ (5)

Junge Menschen fordern, die Qualität politischer Bildung grundsätzlich zu verbessern, ausreichend Zeit und Budget zur Verfügung zu stellen, um mit vielfältigen, lebensnahen und projektbezogenen Angeboten verschiedene gesellschaftspolitische Standpunkte zu vermitteln und jungen Menschen selbstreflektierte politische Meinungsbildung zu ermöglichen. Denn Schule soll nicht nur Fakten lehren, sondern die Schülerinnen und Schüler sollten angehalten werden, eigene Ideen, Thesen und Argumente zu entwickeln. Die Diskussion und Aufklärung zu aktuellen politischen Themen halten junge Menschen für besonders wichtig. Sie äußern den Wunsch, dass mehr politische Simulationen und Planspiele angeboten werden. Aus Perspektive der jungen Menschen sind besonders relevante Themen für die politische Bildung: Populismus und Rechtsextremismus, europäische Politik, Klimapolitik und Digitalisierung.

4.1.3 Partizipation als Ziel politischer Bildung

„Sicherstellen, dass junge Menschen Zugang zu politischer Bildung haben, die ihnen fundiertes Wissen über politische Systeme, Demokratie und Menschenrechte vermittelt – auch durch Engagement in Gemeinde und Gesellschaft – um so eine aktive Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung zu fördern.“ (7)

Damit aus jungen Menschen „aktive Bürgerinnen und Bürger“ werden, sollten sie so früh wie möglich mit Beteiligung in Kontakt kommen. Aus Perspektive der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist Beteiligung ein wichtiger Teil von politischer Bildung. Das Thema „Partizipation“ sollte in Lehrpläne integriert werden. Um die nötigen Inhalte zu vermitteln, sollten Lehrkräfte entsprechend qualifiziert werden. Wie diese Inhalte konkret aussehen oder ob eventuell eher bestimmte Formate oder Mitbestimmungsmöglichkeiten gemeint sind, wird nicht näher benannt.

„Nur so können sie zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern werden.“ (4)

Junge Menschen fordern, dass die Befähigung zur gesellschaftlichen Teilhabe ein wichtiges Ziel von Bildungsinstitutionen wird. Hierzu sollten vermehrt Anlässe geschaffen werden.

„So lernen sie, wie sie aus eigenen Träumen und eigener Kraft demokratisch basierten Wandel schaffen und wie sie ihre oft wertvolle jugendliche Perspektive in unser gesellschaftliches Meistern von Herausforderungen einbringen können.“ (8)

4.1.4 Die Bedeutung außerschulischer Angebote

„Integration von Vereinsangeboten in den Schulbetrieb!“ (2)

Junge Menschen betonen, dass unterschiedliche Bildungsträger miteinander kooperieren sollten, um Kindern und Jugendlichen möglichst vielfältige Bildungsinhalte und -formate anbieten zu können. Außerschulische Leistungen sollten genauso wie schulische Leistungen gewürdigt werden. Es wird vorgeschlagen, außerschulische Angebote durch Kooperationen mit Vereinen und Organisationen in den Schulalltag zu integrieren und gleichzeitig ausreichend Möglichkeiten für bewertungsfreie Räume und Zeiten zu lassen.

„Sicherstellen, dass alle jungen Menschen Zugang zu angemessen finanzierter non-formaler Bildung auf allen Ebenen haben und diese anerkannt und bescheinigt wird.“ (7)

Jugendverbände sind für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen Bildungsorte von besonderer Relevanz. Ihre Rolle bei der Inklusion und Beteiligung junger Menschen sollte aus ihrer Sicht gestärkt werden. Aus ihrer Perspektive sind Strukturen von Jugendarbeit und außerschulischer Bildungsarbeit noch nicht ausreichend bekannt und ihr Angebot noch nicht genügend attraktiv für junge Menschen.

Jugendliche und junge Erwachsene von JuPiD (4) schlagen vor, dass außerschulisches Engagement verpflichtend gemacht werden sollte. Damit verbunden, fordern sie mehr Wertschätzung und ein System der Anerkennung. Darüber hinaus wird von jungen Menschen gefordert, Jugendarbeit ausreichend zu finanzieren, um sie zu verbessern und ausbauen zu können.

„Das Schulsystem [erkennt] oft nur innerschulisches Engagement an. [...] Das muss sich ändern, z. B. indem außerschulisches Engagement verpflichtend gemacht wird oder ein System der Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit in Form von genormten Zertifikaten eingeführt wird.“ (4)

4.1.5 Medienkompetenz als Voraussetzung der Meinungsbildung und Urteilsfähigkeit

„Um sich in einer vernetzten Welt zurechtzufinden, müssen junge Menschen lernen, verlässliche Informationen zu finden und sie kritisch einzuordnen. Dieses Wissen macht einen wichtigen Teil der politischen Bildung aus, die eine der Grundvoraussetzungen der gelebten Demokratie ist.“ (4)

Die Teilnehmenden fordern freien Zugang zum Internet, durch bundesweit kostenfreies WLAN und eine bessere Medienausstattung von öffentlichen Einrichtungen – damit jeder und jede die Möglichkeit hat, das Internet als Informationsquelle zu nutzen. Alle jungen Menschen sollten einfachen Zugang zu (jugendgerechten und seriösen) Informationen haben. Sie sollten auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Informationen dazu in der Lage sein, eigene Standpunkte zu entwickeln.

Um Informationen einordnen zu können, fordern die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, dass junge Menschen befähigt werden, Informationen kritisch und verantwortungsvoll zu nutzen und zu produzieren. Irreführende Nachrichten sollten erkannt und die Genauigkeit von Nachrichten überprüft werden können. Als einen Ort der Medienkompetenzaneignung sehen sie die Schule.

„Wir fordern, dass Medienkompetenz in alle Lehrpläne verbindlich integriert wird, wobei besonders aktuelle politische Themen behandelt werden sollen.“ (5)

Junge Menschen sollten vor allem in der Schule dafür sensibilisiert werden, dass Inhalte, die über das Internet vermittelt werden, oft vorgefiltert und für bestimmte Personen maßgeschneidert sind. Sie sollten dazu in der Lage sein, „Dark Ads“ und „Fake News“ zu erkennen und kritisch zu hinterfragen.

„Es existieren Internetseiten, die [...] unrichtige Nachrichten mit dem Ziel verbreiten, Menschen falsch zu informieren – nicht selten mit dem Ziel gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und Gewalt gegen marginalisierte Menschen zu legitimieren.“ (9)

Eltern und pädagogisches Personal, die mit der Bildung und Erziehung von jungen Menschen befasst sind, sollten über Medienkompetenz verfügen, auch um sie vermitteln zu können. Die Teilnehmenden fordern andere rechtliche Rahmenbedingungen (um „Fake News“ und „Dark Ads“ zu erschweren), mehr Qualifizierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und mehr medienpädagogisches Fachpersonal. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen der JugendPolitikTage 2019 (11) schlagen vor, dass alle Altersgruppen in einem Digitalkompetenzprogramm den mündigen Umgang mit der digitalen Welt lernen.

4.1.6 Europa

Aus der Perspektive der jungen Menschen ist Europapolitik ein wichtiges Thema politischer Bildung. Politische Bildung ist aus ihrer Sicht ein Mittel, um eine demokratische und solidarische Gemeinschaft in der EU aufrechtzuerhalten oder wiederzuerlangen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wollen, dass das Vertrauen junger Menschen in die EU gestärkt wird. Sie wollen, dass u. a. durch schulische und außerschulische Bildungsinhalte europäische Werte und eine gemeinsame europäische Identität kommuniziert werden.

Die Teilnehmenden von JuPiD (4) fordern, „europäische Politik- und Staatskunde“ als verpflichtendes Unterrichtsfach einzuführen. Der Inhalt dieses Fachs soll mit Schülerinnen und Schülern erarbeitet und auf EU-Ebene verhandelt und abgestimmt werden. Junge Menschen sollten umfassend, jugendgerecht und verständlich über die komplexe Struktur und über politische Zusammenhänge in der EU informiert werden. Ausflüge nach Brüssel sollten angeboten werden. Neben dem Wissenserwerb über ein Schulfach schlagen die JuPiD-Teilnehmenden weiterhin vor, dass eine „Europäische Zentrale für politische Bildung“ eingerichtet wird, die alle Europäerinnen und Europäer informiert und Fortbildungen anbietet. Sie soll außerdem eine Diskussions- und Beteiligungsplattform bieten.

„Es ist wichtig, dass Jugendliche sich umfassend über die EU informieren können. Viele junge Menschen wissen viel zu wenig über die politischen Strukturen in Europa.“

Das liegt oft auch daran, dass sie von der Masse der ungeordneten Informationen über die EU überfordert sind.“ (4)

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen der JugendPolitikTage 2019 (11) empfehlen mobile Bildungseinrichtungen, um die europäische Idee aktiv in alle Regionen Deutschlands zu tragen. Darüber hinaus sollten alle jungen Menschen die Möglichkeit haben, vielfältige Möglichkeiten des grenzüberschreitenden Jugendaustauschs zu nutzen.

4.1.7 Bildung für mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz

Umweltschutz ist für junge Menschen ein hochaktuelles politisches Thema und somit Teil politischer Bildung. Sie fordern, dass mehr in die Bildung für nachhaltige Entwicklung investiert wird und Nachhaltigkeit als Thema in die schulischen Curricula Einzug erhält. Lehrpläne sollten auf nachhaltiges und interdisziplinäres Lernen ausgerichtet werden. Lernorte sollten zu nachhaltiger Lebensweise inspirieren.

„Bildung sehen wir als wichtiges Instrument, um die Denk- und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verändern.“ (6)

Mit mehr Information, Bewusstseinssteigerung und Bildung wollen junge Menschen effektivere Klimaschutzpolitik betreiben. Die Teilnehmenden des Jugenddialogs (6) fordern, dass ein neues Schulfach zum Thema „Nachhaltigkeit“ eingeführt wird und dieses verpflichtend ist.

„BNE umfasst Lehrplaneinheiten zu Menschenrechts- und Demokratiebildung, Umwelt- und Klimaschutz, das Erlernen von Grundlagen zur politischen Partizipation, die Beschäftigung mit nachhaltigen Wirtschafts- und Lebenskonzepten sowie die Auseinandersetzung mit Global Citizenship Education (globale Problemlösungsansätze).“ (8)

4.2 Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Strukturen und Prozesse, die mit politischer Bildung in Verbindung stehen, finden sich in schulischen und außerschulischen Settings wieder. Insbesondere Schulen sind aus Sicht der Teilnehmenden weniger demokratisch als sie sein sollten. In jedem Fall sind sowohl schulische als auch außerschulische Bildungsstrukturen und -prozesse wichtige Handlungsräume für den Prozess des Demokratielernens junger Menschen.

4.2.1 Demokratisierung der Schule

Junge Menschen wünschen sich eine „Demokratisierung“ der Schule. Sie wollen, dass ihre Meinung zur Ausgestaltung der Schule regelmäßig eingeholt wird. Sie wünschen sich nicht nur ein demokratischeres Schulklima, sondern die rechtliche Zusage von Mitbestimmungsmöglichkeiten in Bildungsstrukturen und -prozessen.

Neben dem oftmals geäußerten Wunsch nach mehr Beteiligung zeigt auch die UNICEF-Umfrage (13), dass Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule insgesamt noch zu wenig vorhanden sind. Einen signifikanten Zusammenhang gibt es zwischen dem Alter und dem Wunsch, mitzubestimmen. Ältere Kinder und Jugendliche möchten in der Schule mehr mitbestimmen als Jüngere: in der UNICEF-Umfrage sind es bei den 8- bis 9-Jährigen knapp die Hälfte der Befragten, bei den 16- bis 17-Jährigen fast drei Viertel.

„Wir wollen mitbestimmen, was wir lernen und wann und wie wir lernen!“ (2)

Junge Menschen wünschen sich vor allem Mitspracherechte bei den Rahmenbedingungen des Lernens (Räume und Zeiten) und den Inhalten des Unterrichts. Es wird der ausdrückliche Wunsch geäußert, den Unterricht und Schulalltag gemeinsam zu gestalten.

Partizipation ist für viele junge Menschen ein wichtiger Teil von Demokratiebildung. Beteiligung sollte im Unterricht und im Schulalltag einen festen Platz haben. Junge Menschen fordern oft und deutlich, dass sie auf Augenhöhe mit Lehrkräften und Schulleitung an schulspezifischen Entscheidungen beteiligt werden wollen. In einem Jugend-Audit (12) fordern sie, dass die Bundesschülerinnen- und -schülerkonferenz gesetzlich legitimiert wird und ihr ein Anhörungsrecht bei der Kultusministerkonferenz zugesprochen wird.

„Partizipation sollte als echte Mitentscheidung von Schülerinnen und Schülern auf Augenhöhe verstanden werden und kontinuierlich sein.“ (12)

Schülerinnen- und Schülervertretungen werden in einer zentralen Rolle gesehen. Die Schulen sollten ihre Schülerinnen und Schüler stärker motivieren, sich in Form von Schülerinnen- und Schülervertretungen in die Gestaltung der Schule einzubringen. Des Weiteren sollten Gremien von Schülerinnen und Schülern finanziell besser ausgestattet werden.

4.2.2 Freiräume als Orte der Demokratie

Neben der Schule beschreiben die jungen Menschen außerschulische Räume als wichtige Orte der demokratischen Bildung und der Beteiligung.

„Freiräume sind Demokratieschulen.“ (1)

Die Erfahrung von jungen Menschen ist, dass in außerschulischen Bildungskontexten größerer Wert gelegt wird auf Persönlichkeitsentwicklung, Eigeninitiative und Möglichkeiten, sich auszuprobieren. Dort ist es – nach Ansicht der Teilnehmenden – besser als in der Schule möglich, demokratisch und selbstbestimmt mitzugestalten und Beteiligung zu erleben.

Deshalb sollten junge Menschen noch mehr Möglichkeiten bekommen, sich zu engagieren, vor allem in Vereinen und an selbstorganisierten Orten. Selbstorganisierten beschreiben sie als „Proberäume für die Gesellschaft“ (5). Selbstorganisierte

Räume von jungen Menschen laden zu Innovation und Kreativität ein. In „Erwachsenenstrukturen“ sehen sie diese Möglichkeiten oft nicht. In ihren eigenen Strukturen wollen junge Menschen Verantwortung und Mitbestimmung lernen und erleben. Auch deshalb fordern sie, dass mehr freie Räume für junge Menschen zur Verfügung gestellt werden, die sie eigenverantwortlich, unabhängig und offen gestalten können.

Die Teilnehmenden fordern, dass die dort erworbene Bildung und der Einsatz für die Gesellschaft über ehrenamtliches Engagement mehr anerkannt und wertgeschätzt werden.

4.2.3 Das Erleben und Erlernen von Demokratie

„Wir fordern, dass die Bildung und Befähigung der Jugend zur gesellschaftlichen Teilhabe [...] ein gelebtes Ziel von Bildungsinstitutionen wird. So wollen wir Raum für informelle Lernprozesse durch Beteiligung schaffen.“ (8)

Beteiligung und die informellen Lernprozesse, die damit verbunden sind, sind für junge Menschen ein Grundpfeiler von Demokratiebildung. Jeder junge Mensch sollte die Möglichkeit haben, an dieser Art von Bildung partizipieren zu können. Schulische und außerschulische Bildung sollte aus ihrer Sicht neben der vielfältigen Wissensvermittlung immer auch partizipativ gestaltet werden. Junge Menschen sollten Gestaltungskompetenz erwerben, um selbst nachhaltige Entscheidungen treffen zu können, die gesamtgesellschaftlich bedeutend sind. Darüber hinaus sind die Teilnehmenden der Ansicht, dass Beteiligungsprozesse die Persönlichkeit des Einzelnen durch das Erleben von Selbstwirksamkeit stärken.

4.3 Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

In den analysierten Beteiligungsprozessen äußern junge Menschen grundsätzlich und durchgehend das Bedürfnis nach demokratischer Mitgestaltung. Sie wollen beteiligt werden, mehr Beachtung im politischen Geschehen finden und sie fordern eine stärkere politische Repräsentation ihrer Generation.

Die Handlungsempfehlungen, Forderungen und Wünsche der beteiligten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen überschneiden sich zum Teil mit den Qualitätsstandards für gelingende Jugendbeteiligung, die im Rahmen des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ entwickelt wurden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2015). Darüber hinaus fordern die Teilnehmenden konkrete rechtliche Schritte, die aus ihrer Sicht eingeleitet werden sollten, um die politischen Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen zu verbessern.

4.3.1 Jugendbeteiligung auf Augenhöhe

„Wir werden als politisch desinteressiert wahrgenommen und bekommen deshalb wenige Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung“ (3)

Die Teilnehmenden sagen, dass sich viele junge Menschen aktiv für die Gesellschaft einsetzen, sich engagieren und ehrenamtlich an Projekten mitwirken. Sie sind der Meinung, dass sie Zivilcourage zeigen, sich um ihre Zukunft kümmern und verantwortungsbewusst sind. Aus Perspektive der jungen Menschen wird dieses Engagement jedoch oft nicht gesehen und wertgeschätzt. Im Gegenteil: Es wird ihnen zu wenig zugetraut, weshalb sie zu selten in politische Entscheidungen einbezogen werden.

„[Jugendlichen] ist wichtig, dass ihre Meinung bei politischen Entscheidungen angehört und berücksichtigt wird.“ (13)

Junge Menschen wollen sich stärker in politische Entscheidungen einbringen. Sie wünschen sich echte Mitwirkung, Veränderungspotenzial und Entscheidungsmacht durch bessere Rahmenbedingungen und mehr Mitsprache- und Beteiligungsrechte. Die Teilnehmenden fordern Beteiligung von jungen Menschen auf allen Ebenen und in der Breite der Gesellschaft.

„Junge Menschen wollen respektvoll behandelt und ernstgenommen werden.“ (1)

Grundlage von Beteiligung ist eine vertrauensvolle Beziehung zwischen jungen Menschen und politischen Akteuren auf Augenhöhe. Dieses Vertrauen kann erst durch Offenheit, Verlässlichkeit und Transparenz entstehen – so die Teilnehmenden. Junge Menschen wollen mit ihren Bedürfnissen ernstgenommen werden. Sie wünschen sich, dass ihnen mehr zugetraut wird und politische Verantwortliche proaktiv auf sie zugehen, um echte Macht abzugeben.

„Die Interessen von Jugendlichen sollen bei zukunftsrelevanten Entscheidungen wie dem Klimaschutz stärker einbezogen werden. Es geht um ‚unsere Zukunft!‘“ (6)

Junge Menschen sagen, dass ihre Generation eigene Ideen zur gesellschaftlichen Veränderung hat. Diese Weiterentwicklungspotenziale sollten seitens der Erwachsenen unterstützt werden. Sie nehmen eine Zeit des Umbruchs wahr und sind motiviert, diesen mitzugestalten.

„Jugendliche sollten auch als Gäste in politischen Talkshows auftreten.“ (3)

Aus Sicht der Teilnehmenden ist Jugendbeteiligung für politische Akteure besonders dann attraktiv, wenn sich junge Menschen zu bestimmten Themen öffentlichkeitswirksam verhalten (wie z. B. bei der Fridays-for-Future-Bewegung). Sie wollen hingegen auf Dauer mit ihren Themen und Interessen gesehen werden und vertreten sein – sowohl in Öffentlichkeit, Schule und Politik als auch in der Wirtschaft. Erwachsene sollten hierfür kontinuierliche und verlässliche Beteiligungsangebote schaffen, die echte Mitwirkungsmöglichkeiten bieten. Junge Menschen wünschen sich einen direkten Dialog, der bestenfalls generationenübergreifend und öffentlich passiert.

4.3.2 Rahmenbedingungen wirksamer Jugendbeteiligung

Erfolgreiche Konzepte der Beteiligung gehen über reine Meinungs- und Willensbildung hinaus, so die Teilnehmenden. Das Format sollte sich den Gegebenheiten anpassen und von jungen Menschen immer auch mitgestaltet oder sogar gänzlich selbstbestimmt sein. Die Individualität und Vielfalt von jungen Menschen sollte im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung beachtet werden. Sie fordern Beteiligungsangebote, die lebensweltorientiert, attraktiv und für alle jungen Menschen zugänglich sind. Die Angebote sollten gut erreichbar, zeitlich flexibel, kostenfrei und vor allem inklusiv sein. Beteiligung braucht Raum, Zeit und funktionierende Infrastruktur. Jeder Beteiligungsprozess sollte einen Nutzen für jeden Teilnehmenden haben und sinnhaft sein.

„Um mehr Menschen zur Beteiligung zu motivieren, muss der Mehrwert, sich zu beteiligen so hoch sein, dass alltägliche Verpflichtungen in den Hintergrund rücken.“
(10)

Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter oder andere für Beteiligung qualifizierte Ansprechpersonen sollten bei der Durchführung von Beteiligungsprozessen unterstützen und die jungen Menschen bei Bedarf persönlich betreuen. Hierfür sollte es verbindliche Rahmenbedingungen geben.

Beteiligung sollte in der Gemeinschaft erlebt werden – bestenfalls ergänzen sich Online- und Offline-Methoden. Die Möglichkeiten digitaler Medien sollten genutzt werden, um eine breite Vielfalt an jungen Menschen anzusprechen. Mit digitalen Angeboten kann die Attraktivität der Angebote erhöht und dezentrale Mitwirkung ermöglicht werden.

Der Beteiligungsprozess sollte möglichst ergebnisoffen gestaltet werden und viel Raum für kreative Lösungen lassen. Es sollten echte Veränderungen von bestehenden Strukturen zugelassen werden. Transparente Berichterstattung und verbindliche Absprachen zum weiteren Vorgehen sollten den Beteiligungsprozess abschließen.

4.3.3 Verständliche Sprache und verlässliche Kommunikation

Die Teilnehmenden fordern eine bessere Kommunikationskultur zwischen politischen Akteuren und jungen Menschen. Sie sind der Ansicht, dass Informationen die Grundlage jeder Beteiligung sind. Deshalb fordern sie, dass insgesamt mehr Informationen über aktuelle politische Themen in jugendgerechter Sprache zur Verfügung gestellt werden. Politische Entscheidungen und Maßnahmen (z. B. zu den Themen Klima und Europa) sollten für alle jungen Menschen verständlich sein. Sie fordern außerdem, über ihre Rechte sowie jegliche Jugendbeteiligungsmöglichkeiten und deren Prozessabläufe informiert zu werden.

„Kommuniziert offen und in verständlicher Sprache!“ (2)

Zur Information, Kommunikation und zum Netzwerken wünschen sich junge Menschen zentral-analoge Anlaufstellen und dezentral-digitale Angebote (auch platt-

formübergreifend), die von Politik und Verwaltung initiiert und von jungen Menschen mitgestaltet werden. Medien zur Verbreitung von Informationen wollen die Jugendlichen mitentwickeln, mit ausgestalten und begleiten. Ihnen ist es wichtig, dass diese Angebote attraktiv sind und jede/jeder Zugang zu ihnen hat. Es sollten möglichst viele bzw. eine breite Vielfalt junger Menschen erreicht werden. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen der JugendPolitikTage 2017 (5) schlagen eine App für politische Partizipation vor, die Informationen zur Verfügung stellt und zur Interaktion einlädt.

4.3.4 Unterstützung von Selbstorganisationen und Freiräumen

„Die Verfügbarkeit von Raum für verschiedenste Belange schafft die Möglichkeit der Mitgestaltung am eigenen Lebensumfeld.“ (10)

Jugendorganisationen (bestehende wie auch neu zu gründende) nehmen im Rahmen von Beteiligungsprozessen einen besonderen Stellenwert ein. Die Teilnehmenden wollen, dass bestehende Strukturen stärker unterstützt und in die Initiierung und Umsetzung von Beteiligungsvorhaben einbezogen werden. Sie sollten außerdem bekannter und ihre Angebote attraktiver gemacht werden, um noch mehr junge Menschen zur Mitarbeit anzuregen.

„Mehr Öffentlichkeitsarbeit ist nötig, um Strukturen von Jugendbeteiligung, Jugendarbeit und außerschulischer Bildungsarbeit bekannter und attraktiver zu machen. Die Verbände sollten öffentlichkeitswirksamer agieren und auch die Hemmschwellen für neue Interessierte senken, z. B. durch Schnupperaktionen.“ (1)

Außerschulisches Engagement sollte ihrer Ansicht nach stärker unterstützt werden. Sie sehen ihre Organisationen in einer wichtigen Rolle, um Politik mitzugestalten bzw. eine Brücke für junge Menschen zur politischen Mitwirkung zu sein. Die Teilnehmenden fordern mehr finanzielle Unterstützung von Jugendstrukturen.

„Infolgedessen sollten Vereine und Organisationen gefördert werden, damit sich die Jugendlichen auch außerhalb der Schule [...] engagieren können.“ (6)

Junge Menschen wünschen sich eine stärkere Jugend in politischen Parteien. Sie sind der Ansicht, dass junge Parteimitglieder in parteiliche Führungspositionen gehören.

„Zusätzlich ist es notwendig junge Politiker durch eine Jugendquote zu fördern.“ (6)

Zu aktuellen politischen Themen wollen sie in Gruppen und Zusammenschlüssen aktiv werden und sich sowohl parteinah als auch parteifern am gesellschaftlichen Diskurs beteiligen.

Freie Räume können, so die Teilnehmenden, Treffpunkte für Kommunikation, Austausch und die Entstehung neuer Ideen sein. Diese Räume brauchen Zeit, Akteure und finanzielle Mittel. Um wirksame Beteiligung zu ermöglichen, sollten von Seiten der Politik und Verwaltung stets für eine gute Ausstattung und für rechtliche Legitimierung gesorgt sein.

„Das Macht- und Ressourcengefälle zwischen den Akteuren [ist] oft sehr ungleichmäßig verteilt und eine Ausgewogenheit der Machtverhältnisse ist nicht gegeben.“ (10)

4.3.5 Empowerment als Effekt von Partizipation

„Mitzuwirken bedeutet ‚machen‘ und für die eigenen Überzeugungen und Bedürfnisse einzustehen.“ (10)

Selbstbewusstsein, Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit sind häufig genannte Begriffe. Junge Menschen sind der Ansicht, dass sie nur dann eine aktive Rolle in der Gesellschaft einnehmen können, wenn sie sich selbst bewusst sind und vertrauen. Der Selbstwert junger Menschen sollte, so die Teilnehmenden, stärker in den Blick genommen werden – z. B. durch Angebote, die das Selbstvertrauen stärken, die das ehrenamtliche Engagement fördern oder auch Eltern unterstützen.

„Vielen jungen Menschen fehlt es an Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen. Deswegen müssen sie gestärkt werden, um sich zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln. [...] Deshalb sollte es [...] Streitschlichterprogramme geben. Außerdem sollten junge Menschen zu mehr ehrenamtlichem Engagement [...] motiviert werden. Es ist wichtig, auch die Eltern in diesen Prozess einzubeziehen. Nur wenn diese selbst stark sind, können sie das auch ihren Kindern weitergeben.“ (4)

Jungen Menschen sollten Räume ermöglicht werden, in denen Erfahrungen von Stärke und Solidarität gemacht werden können. Sie sollten lernen, ihren eigenen Standpunkt zu entwickeln, diesen zu hinterfragen, anzuwenden und selbstbewusst zu vertreten.

„Mitwirkung fördert ein intaktes Gemeinwesen und [...] eine lebendige Demokratie.“ (10)

Die Teilnehmenden beschreiben Selbstwirksamkeit als eine Folge von wirksamer Jugendbeteiligung und gleichzeitig als Antrieb, an weiteren Beteiligungsprozessen teilzunehmen. Sie sind der Ansicht, dass die Erfahrung von Selbstwirksamkeit das Verantwortungsgefühl und somit ein offenes Demokratieverständnis fördert. Wenn junge Menschen sich beteiligen, dann werden sie sich ihrer eigenen Mündigkeit bewusst und erfahren, dass sie etwas bewirken können. Gelingende Beteiligungsprozesse mit guten Rahmenbedingungen können Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen und sind somit auch aus individuell-psychozialen Gründen ein wichtiger Baustein eines demokratischen Miteinanders.

4.3.6 Kontinuierliche und rechtlich verbindliche Partizipation

Die Teilnehmenden fordern, dass das Recht auf Jugendbeteiligung und konkrete Möglichkeiten der Partizipation gesetzlich verankert werden. Beteiligung sollte aus ihrer Sicht fortwährend gewährleistet, verbindlich und rechtlich abgesichert sein.

„Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Angelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte sichern. Diese müssen bei sie betreffenden Belangen in den Bundestagssitzungen gehört werden. Hierbei ist ein transparenter Abschlussbericht zur Umsetzung innerhalb eines festgelegten Zeitraums erforderlich.“ (11)

Konkrete politische Forderungen für mehr Jugendbeteiligung sind:

1. Absenkung des Wahlalters

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen der JugendPolitikTage 2019 (11) fordern, dass das aktive Wahlrecht auf 14 Jahre abgesenkt wird; jüngere Kinder und Jugendliche sollten auf Antrag wählen dürfen. In anderen Beteiligungsprozessen wird die Senkung des Wahlalters ebenfalls konsequent gefordert, in den meisten Fällen auf 16 Jahre – sowohl auf kommunaler als auch auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

„Durchführung einer Wahlrechtsreform: Absenkung des Wahlalters auf 16.“ (11)

Nach Ansicht der Teilnehmenden erhöht die Wahlberechtigung von jüngeren Menschen die demokratische Legitimation, steigert die Identifikation mit demokratischer Politik und zeigt Wertschätzung für jugendliches Engagement. Von den Teilnehmenden wird keine konkrete Aussage dazu gemacht, ob auch das passive Wahlrecht abgesenkt werden sollte.

2. Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz

Um die Interessen von jungen Menschen verpflichtend zu wahren, fordern die Teilnehmenden die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

3. Legitimierte Jugendgremien zur ständigen Partizipation

Junge Menschen fordern verbindliche Beteiligungsrechte für junge Menschen in „Erwachsenengremien“ und im Rahmen von politischen Entscheidungsprozessen. Die Beteiligung soll durch institutionalisierte Jugendgremien (z. B. Parlamente und Beiräte) auf allen Ebenen (EU, Bund, Land und Kommune) ermöglicht werden. Ein Bundesjugendparlament soll beispielsweise das Recht auf kleine Anfragen, Gesetzesinitiativen, Rederecht und Berichterstattung im Bundestag haben (11). Zur Begleitung der Jugendgremien sollten ausreichend finanzielle Mittel und eine hauptamtliche Beratung zur Verfügung gestellt werden. Junge Menschen wollen in ihren Gremien zu aktuellen gesellschaftlichen Themen arbeiten und sich in politische Strategien und Entscheidungen einbringen. Die Jugendgremien sollten Ebenen übergreifend untereinander im Austausch stehen.

Jährlich stattfindende Jugendkonferenzen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sollten politische Strategien (z. B. die Jugendstrategie der Bundesregierung) begleiten und zum Dialog von politischen Akteuren und jungen Menschen einladen.

Schülerinnen- und Schülervvertretungen sollten ebenfalls ein allgemeinpolitisches Mandat innehaben und sich nicht nur zu schulspezifischen Themen innerhalb der Schule äußern dürfen.

Alle Beteiligungsformate (z. B. Jugendbeiräte, -parlamente, -konferenzen) sollten möglichst eine breite Vielfalt junger Menschen abbilden.

4. Prüfung von politischen Vorhaben auf ihre Jugendgerechtigkeit

Die Teilnehmenden fordern, dass alle politischen Maßnahmen und Entscheidungen auf Jugendrelevanz und -gerechtigkeit überprüft werden. Sie wollen, dass bei allen Entscheidungen der Politik Nachteile für junge Menschen vermieden werden. Diese Prüfung soll verbindlich sein und durch Jugendgremien begleitet werden.

4.3.7 Nachhaltigkeit als Beteiligungsthema

Klimaschutz ist aus Sicht der Teilnehmenden gesamtgesellschaftlich bedeutsam. Sie wünschen sich einen langfristigen politischen Ansatz der Nachhaltigkeit. Sie äußern deutliche Kapitalismus- und Wachstumskritik.

„Wir empfehlen, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einen kritischen Dialog über die kapitalistische Wirtschaftsweise führen. [...] Weg von Gewinnmaximierung, hin zu einem nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.“ (6)

In einem Abschnitt der UNICEF-Umfrage (13) wurden die Kinder und Jugendlichen gefragt, welche Themen ihnen als Bürgermeisterin oder Bürgermeister besonders wichtig wären. Ein Großteil antwortete, dass sie sich für den Umwelt- und Klimaschutz und für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen einsetzen würden.

5 Ergebnisse der Analyse nach Beteiligungsprozessen

Die Jugendbeteiligungsprozesse wurden im Hinblick auf jugendliche Perspektiven zu demokratischer/politischer Bildung betrachtet. Inhalte, die sich auf die in der Zielstellung genannten Dimensionen bezogen, wurden als relevant markiert. Diese werden im Folgenden zusammengefasst und weiter ausgeführt. Es findet eine Betrachtung jedes einzelnen Prozesses statt. Die jeweilige Betrachtung der Ergebnisse beinhaltet keine Bewertung oder Interpretation. Es wird ausschließlich die Perspektive der Jugendlichen abgebildet.

5.1 Ichmache>Politik (2011-2014)

Bildung über Demokratie

Die Teilnehmenden sind der Ansicht, dass politische Bildung in schulischen und außerschulischen Einrichtungen insgesamt einen höheren Stellenwert bekommen sollte. Als das Kernstück von politischer Bildung wird Beteiligung genannt. Beteiligung sollte erlernt werden, so die Teilnehmenden, und dies sollte so früh wie möglich beginnen. Es sollten Kompetenzen vermittelt werden, die dafür gebraucht werden. Welche diese Kompetenzen sind, wird nicht näher erläutert. Partizipation sollte in Lehrpläne integriert werden und die Lehrkräfteausbildung sollte in dieser Hinsicht ausgebaut werden.

Unterschiedliche Bildungsträger sollten für verschiedene Bildungsangebote miteinander kooperieren. Außerschulische Angebote sollten in den Schulalltag integriert werden. Die Teilnehmenden sind der Überzeugung, dass gute Angebote Theorie und Praxis miteinander verbinden und praktische Erfahrungsmöglichkeiten bieten sollten. Lernen sollte ganzheitlich gestaltet sein und Raum zur Persönlichkeitsentwicklung lassen. Die Teilnehmenden wünschen sich methodisch vielfältigen Unterricht und dass selbstständiges und gruppenorientiertes Arbeiten im Vordergrund steht. Sie wollen, dass Angebote inklusiv, vielfältig sowie zielgruppenorientiert sind.

Schulische und außerschulische Bildung sollten gleichberechtigt behandelt werden. Es braucht mehr Wertschätzung und Anerkennung für außerschulische Leistungen. Strukturen von Jugendarbeit und außerschulischer Bildungsarbeit sollten insgesamt bekannter gemacht und attraktiver kommuniziert werden.

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Die Teilnehmenden wünschen sich ein demokratiefreundliches Schulklima. Sie fordern, dass Mitbestimmung in Schulkonzepten verankert wird. Es sollte vielfältige Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Schule und ihrer Inhalte geben. Meinungen der Schülerinnen und Schüler sollten regelmäßig abgefragt werden.

Neben der Schule beschreiben die Teilnehmenden außerschulische Angebote als wichtige Orte der demokratischen Bildung und der Beteiligung.

„Freiräume sind Demokratieschulen.“

Außerschulische Bildung ist nach Ansicht der Teilnehmenden ein Ort, wo Persönlichkeitsentwicklung stattfindet, wo es Räume zum Ausprobieren gibt und Eigeninitiative gefördert wird. In außerschulischen Bildungsstrukturen ist es möglich, demokratisch und selbstbestimmt zu gestalten und Beteiligung zu erleben.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Die Teilnehmenden fordern so viel Partizipation wie möglich in allen Bereichen der Gesellschaft. Alle politischen Themen sollten durch junge Menschen auf Jugendrelevanz überprüft werden. Sie wünschen sich echte Mitwirkung, echtes Veränderungspotenzial und Entscheidungsmacht durch mehr Mitsprache- und Beteiligungsrechte.

„Junge Menschen wollen respektvoll behandelt und ernstgenommen werden.“

Die Teilnehmenden nennen Rahmenbedingungen für wirksame Jugendbeteiligung:

- Raum, Zeit und funktionierende Infrastruktur;
- gut erreichbar, altersgerecht, zeitlich flexibel und für alle bezahlbar;
- rechtlich abgesichert;
- nicht erzwungen, sondern aufsuchend;
- on- und offline;
- in der Gemeinschaft erlebt.

Es sollten insgesamt mehr Informationen über Mitbestimmungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Onlinemedien können zur Ansprache genutzt werden.

„Mehr Öffentlichkeitsarbeit ist nötig, um Strukturen von Jugendbeteiligung, Jugendarbeit und außerschulischer Bildungsarbeit bekannter und attraktiver zu machen. Die Verbände sollten öffentlichkeitswirksamer agieren und auch die Hemmschwellen für neue Interessierte senken, z. B. durch Schnupperaktionen.“ (1)

Bestehende Strukturen sollten stärker in die Initiierung und Umsetzung von Beteiligungsprozessen einbezogen werden. Beteiligungsstrukturen sollten bekannter und attraktiver gemacht werden. Der Rahmen für Mitbestimmung sollte von jungen Menschen bestimmt sein. Die Teilnehmenden fordern inklusive, vielfältige, zielgruppenorientierte und offene Angebote. Politisch Verantwortliche sollten Partizipationsstrukturen proaktiv aufsuchen. Politik sollte offen, verlässlich und transparent handeln und ernsthaft daran interessiert sein, Macht abzugeben.

Konkrete rechtliche Forderungen für mehr Jugendbeteiligung sind:

- Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre,
- Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz,
- Rede- und Beteiligungs-, Antrags- und Anhörungsrechte für junge Menschen in „Erwachsenengremien“.
- allgemeinpolitisches Mandat für Schülerinnen- und Schülervertretungen,
- U27-Vertretung in jedem Jugendhilfeausschuss,
- mehr finanzielle Mittel für Jugendselforganisationen.

5.2 Ichmake>Politik | Demografie (2014-2017)

Bildung über Demokratie

Politische/demokratische Bildung wird in den Ergebnissen von Ichmake>Politik | Demografie nicht explizit genannt, lediglich allgemeine Äußerungen zu Bildung.

In Lehr-Lern-Situationen wünschen sich die Teilnehmenden weniger Leistungsdruck und mehr bewertungsfreie Räume. Sie wollen, dass Jugendverbände als außerschulische Bildungsorte anerkannt werden. Vereinsangebote sollten in den Schulbetrieb aufgenommen werden. Und außerschulisches Engagement sollte anerkannt werden.

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Die Teilnehmenden fordern mehr Mitbestimmung in der Schule.

„Wir wollen mitbestimmen, was wir lernen und wann und wie wir lernen!“

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Sie fordern Beteiligung und Mitbestimmung von jungen Menschen in der Breite der Gesellschaft. Junge Menschen wollen ernstgenommen werden. Sie wünschen sich, dass ihnen mehr zugetraut wird und sie sind der Überzeugung, dass sie „nicht unmotiviert und unpolitisch, sondern aktiv und engagiert“ sind. Jugendorganisationen sollte es ermöglicht werden, eine aktivere Rolle in der Politik zu spielen. Sie wollen, dass Nachteile insbesondere für junge Menschen bei allen Entscheidungen der Politik vermieden werden.

Um sich besser beteiligen zu können, fordern die Teilnehmenden, dass transparenter und in verständlicher Sprache kommuniziert wird. Politik und Verwaltung sollten vorhandene und bewährte Wege der Kommunikation und Partizipation nutzen, aber auch vor neuen Kanälen wie Social Media nicht zurückschrecken.

Die Teilnehmenden fordern, dass das Wahlalter gesenkt wird.

5.3 Jugendworkshop zur Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015)

Bildung über Demokratie

Junge Menschen wollen nicht so behandelt werden, als ob sie heute zu wenig wissen und deshalb über das, was richtig ist, und das, was morgen kommt, von Erwachsenen aufgeklärt werden müssen. Sie wollen als Individuen wahrgenommen werden, die in ihren Fähigkeiten und Persönlichkeiten gefördert und mit ihrer Perspektive ernstgenommen werden.

Aktuelle politische Themen sollten für junge Menschen zugänglicher gemacht werden. Es sollten attraktive und interaktive Angebote zu politischen Themen in Bildungsinhalte eingebunden werden.

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Die Teilnehmenden wollen bei der Ausgestaltung der Schule um ihre Meinung gebeten werden.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Die Meinung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist, dass sich viele junge Menschen aktiv für die Gesellschaft einsetzen, sich engagieren und ehrenamtlich an Projekten mitwirken. Junge Menschen zeigen Zivilcourage, kümmern sich um ihre Zukunft, sind verantwortungsbewusst. Dieses Engagement wird nach ihrer Ansicht oft nicht gesehen und wertgeschätzt.

„Wir werden als politisch desinteressiert wahrgenommen und bekommen deshalb wenige Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung.“

Die Teilnehmenden sind der Ansicht, dass die Perspektiven von jungen Menschen zu oft vernachlässigt werden. Deshalb sollten flächendeckend Jugendparlamente geschaffen werden, ihnen sollte mehr Mitspracherecht bei allen Themen eingeräumt werden.

„Jugendliche sollten auch als Gäste in politischen Talkshows auftreten.“

Erwachsene sollten:

- Mitwirkungsmöglichkeiten für junge Menschen schaffen,
- Individualität und Vielfalt von jungen Menschen anerkennen,
- den direkten Dialog suchen, generationenübergreifend und öffentlich,
- Vorbilder sein,
- Vorschläge und Meinungen junger Menschen ernstnehmen und in Diskurse integrieren,
- Veränderungen akzeptieren und die stetige Weiterentwicklung der Gesellschaft unterstützen.

5.4 JuPiD Jugend und Politik im Dialog (2016)

Bildung über Demokratie

Die Teilnehmenden beschreiben das Wissen über Politik und die kritische Einordnung dessen als wesentliches Element von politischer Bildung. Und politische Bildung ist aus ihrer Sicht eine wichtige Grundvoraussetzung für erfahrene Demokratie.

„Um sich in einer vernetzten Welt zurechtzufinden, müssen junge Menschen lernen, verlässliche Informationen zu finden und sie kritisch einzuordnen. Dieses Wissen macht einen wichtigen Teil der politischen Bildung aus, die eine der Grundvoraussetzungen der gelebten Demokratie ist.“

Sie fordern bundesweit kostenfreies WLAN – damit jeder und jede die Möglichkeit hat, das Internet als Informationsquelle zu nutzen.

„Eine Institution, die jungen Menschen beibringen muss, kritisch zu denken, ist die

Schule.“

Lehrkräfte sollten sich bemühen, möglichst vielfältige politische Fakten vermitteln. Schulen sollten nicht nur Fakten vermitteln, sondern die Schülerinnen und Schüler sollten angehalten werden, eigene Ideen, Thesen und Argumente zu entwickeln. Es sollten mehr politische Simulationen und Planspiele angeboten werden. Darüber hinaus sollte es auch in Schulen Freiräume geben, die Schülerinnen und Schüler nutzen können, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Junge Menschen wollen weg von Noten und Zeugnissen, hin zu kritischem Denken und Kreativität.

„Nur so können sie zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern werden.“

Die Teilnehmenden fordern „europäische Politik- und Staatskunde“ als verpflichtendes Unterrichtsfach. Der Inhalt dieses Fachs sollte auf EU-Ebene verhandelt und abgestimmt sein. Diese Lehrpläne sollten mit Schülerinnen und Schülern gemeinsam entwickelt werden. Das Schulprogramm sollte außerdem Ausflüge ins Europaparlament und zu anderen EU-Institutionen verbindlich vorsehen.

Junge Menschen sollten sich umfassend über die EU informieren können, deshalb muss das komplexe politische System der Europäischen Union verständlicher kommuniziert werden. Hierfür könnte eine Europäische Zentrale für politische Bildung (EZpB) gegründet werden, die alle Europäerinnen und Europäer informiert und Fortbildungen anbietet. Sie soll außerdem eine Diskussionsplattform bieten, um die EU kritisch hinterfragen zu können. Bürgerinnen und Bürger sollten durch Online-Beteiligung direkt an der Arbeit der EZpB teilnehmen können.

Gebühren in Bildungseinrichtungen sollten abgeschafft werden, um demokratische Bildungssysteme und gleichwertige Bildungsstandards zu erreichen.

Außerschulisches Engagement sollte verpflichtend gemacht und wertgeschätzt werden. Hierzu braucht es ein System der Anerkennung. Um das Pflichtangebot zu gewährleisten, sollten Angebote der Jugendarbeit verbessert, ausgebaut und besser finanziert werden.

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Junge Menschen sollten noch mehr Möglichkeiten bekommen, sich zu engagieren, vor allem in Vereinen, weil sie dort – so die Annahme der Teilnehmenden – demokratische Prinzipien erlernen. Vereine sollten sich selbst als Orte der Jugendbeteiligung sehen und dafür alle Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Für eine – wie die Teilnehmenden es nennen – aktive Bürgerschaft brauchen junge Menschen Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen. Deshalb sollte die psychosoziale Entwicklung stärker in den Blick genommen werden – z. B. durch Programme, die das Selbstvertrauen stärken (in Schulen und Vereinen), die Förderung von ehrenamtlichem Engagement oder auch durch Elterntrainings.

„Vielen jungen Menschen fehlt es an Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen. Deswe-

gen müssen sie gestärkt werden, um sich zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln. [...] Deshalb sollte es [...] Streitschlichterprogramme geben. Außerdem sollten junge Menschen zu mehr ehrenamtlichem Engagement [...] motiviert werden. Es ist wichtig, auch die Eltern in diesen Prozess einzubeziehen. Nur wenn diese selbst stark sind, können sie das auch ihren Kindern weitergeben.“

5.5 JugendPolitikTage (2017)

Bildung über Demokratie

„Es braucht kompetenzorientierte, fachübergreifende und altersgerechte politische Bildung ab der 5. Klasse, die in einem erlebnisorientierten Politikunterricht zusammengeführt wird.“

Die Teilnehmenden fordern, die Qualität der politischen Bildung grundsätzlich zu verbessern, ausreichend Zeit und Geld zur Verfügung zu stellen, um mit passenden, praxisnahen und projektbezogenen Angeboten verschiedene gesellschaftspolitische Standpunkte zu vermitteln und den Jugendlichen selbstreflektierte politische Meinungsbildung zu ermöglichen.

„Wir fordern, dass unsere Kinder ‚Politik‘ nicht als Fremdwort kennenlernen.“

Diskussionen und Aufklärung zu aktuellen politischen Themen sind den Teilnehmenden besonders wichtig. Die Lehrpläne sollten um den Aspekt des Populismus erweitert und interkultureller Jugendaustausch sollte ermöglicht werden. Eine Forderung aus der „AG 11 Rechtspopulismus – Meinungsfreiheit oder Gefahr für die Demokratie?“ ist:

„Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, durch eine projektbezogene, finanzielle Unterstützung den interkulturellen Austausch für alle Jugendlichen stärker zu fördern.“

Die Teilnehmenden empfehlen, dass es einen Werkzeugkasten für politische Beteiligung geben sollte, der von Jugendlichen im Unterricht für politische Bildung erarbeitet wird.

„Politische Bildung muss knallen!“

Junge Menschen sollten Politik mit Spaß und Erfolg verbinden und Politik im eigenen Alltag erleben.

„Wir fordern, dass Medienkompetenz in alle Lehrpläne verbindlich integriert wird, wobei besonders aktuelle politische Themen behandelt werden sollen.“

Damit junge Menschen Nachrichten besser einordnen können, fordern die Teilnehmenden die Vermittlung von Medienkompetenz und eine bessere Medienausstattung in der Schule.

Außerschulische Bildungsangebote sollten kostenfrei zugänglich sein.

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Politische Bildung sollte, samt demokratischer Partizipationsmöglichkeiten, im Unterricht einen festen Platz haben. Im Schulalltag sollte es mehr Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler geben. Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitung sollten als gleichwertige Akteure verstanden werden.

Die Teilnehmenden beschreiben Selbstorganisationen als „Proberäume für Gesellschaft“, sie sorgen aus ihrer Sicht für gesellschaftlichen Fortschritt, Innovationen und Kreativität. Junge Menschen lernen und erleben dort Verantwortung und Mitbestimmung. Außerschulische Bildung und ehrenamtliches Engagement sollten mehr anerkannt und wertgeschätzt werden.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Die Teilnehmenden fordern ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren. Dieses erhöhe die demokratische Legitimation, steigere die Identifikation mit Demokratie und zeige Wertschätzung für jugendliches Engagement – so die Teilnehmenden.

Sie fordern hauptamtliche Beratung und Begleitung für Jugendparlamente, Jugendbeiräte und Schüler- und Schülerinnenvertretungen.

JugendPolitikTage sollten regional initiiert werden. Sie können Orte des Dialogs von Parteien und jungen Menschen sein.

Junge Parteimitglieder gehören nach Ansicht der Teilnehmenden in parteiliche Führungspositionen.

Um Jugendbeteiligung zu fördern, halten die Teilnehmenden eine App für politische Partizipation für sinnvoll, die Informationen zur Verfügung stellt und zur Interaktion bzw. Vernetzung einlädt.

5.6 Jugenddialog „Unser Klima! Unsere Zukunft!“ (2017)

Bildung über Demokratie

„Bildung sehen wir als wichtiges Instrument, um die Denk- und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verändern.“

Mit mehr Information, Bewusstseinssteigerung und Bildung wollen die Teilnehmenden des Jugenddialogs effektivere Klimaschutzpolitik betreiben. Sie fordern ein verpflichtendes Schulfach „Nachhaltigkeit“.

Die Teilnehmenden fordern, dass in Bildungseinrichtungen über aktuelle politische Entwicklungen informiert wird und junge Menschen eingeladen werden, sich weiterzubilden und sich zu engagieren (u. a. parteipolitisch).

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Klimaschutz ist aus Sicht der jungen Autorinnen und Autoren des Jugendreports nicht nur ökologisch, sondern auch gesamtgesellschaftlich sowie sozial bedeutsam. Sie wünschen sich einen langfristigen politischen Ansatz der Nachhaltigkeit. Sie äußern deutliche Kapitalismus- und Wachstumskritik.

„Wir empfehlen, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einen kritischen Dialog über die kapitalistische Wirtschaftsweise führen. [...] Weg von Gewinnmaximierung, hin zu einem nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.“

Für Nachhaltigkeit können sich junge Menschen am besten einsetzen, indem sie sich in Aktivistengruppen, Vereinen und anderen Nichtregierungsorganisationen einbringen, so die Autorinnen und Autoren des Jugendreports.

Sie schreiben, dass ihre Generation eigene Gestaltungs- und Veränderungsmöglichkeiten hat, dass eine Zeit des Umbruchs gekommen ist und sie sehr motiviert sind, diesen mitzugestalten. Hierfür sollten allerdings Beteiligungsmöglichkeiten ausgebaut werden, auch für Menschen, die bisher wenig aktiv waren. Konkrete Forderungen sind:

- mehr direkte Beteiligung und Stärkung des Einflusses von jungen Menschen,
- mehr Umfragen, die die Meinung junger Menschen einholen,
- Jugendparlamente, Jugendquoten und Jugendbotschafter,
- stärkere Jugendorganisationen in politischen Parteien,
- Schaffung einer zentralen Anlaufstelle zur Kommunikation mit Jugendorganisationen,
- Nutzung der digitalen Medien zur Einbindung der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen,
- Förderung von (internationalen) Jugendaustauschmöglichkeiten,
- Förderungen von Vereinen und Organisationen für mehr außerschulisches Engagement,
- Absenkung des (EU-)Wahlalters auf 16 Jahre.

Die Autorinnen und Autoren fordern kontinuierliche und verlässliche Beteiligungsangebote, die möglichst viele Jugendliche beteiligen und deren Ergebnisse einen echten Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Die Sprache und die Aufbereitung aktueller politischer Themen sollten jugendgerecht (verständlich und attraktiv) sein. Jungen Menschen sollte ein guter Überblick zu Beteiligungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

„Die Interessen von Jugendlichen sollen bei zukunftsrelevanten Entscheidungen wie dem Klimaschutz stärker einbezogen werden. Es geht um ‚unsere Zukunft!‘“

Die Autorinnen und Autoren des Jugendreports machen deutlich, dass sich junge Menschen stärker in die (Klima-)Politik einbringen wollen und fordern dazu bessere Rahmenbedingungen, die eine wirksame Beteiligung ermöglichen.

5.7 Youth Goals (2017-2018)

Bildung über Demokratie

In Bildungsprozessen sollte offenes Denken gefördert und zwischenmenschliche sowie interkulturelle Fähigkeiten sollten unterstützt werden. Methoden sollten jugendzentriert sowie partizipativ und kooperativ ausgerichtet sein. Junge Menschen sollten dazu in die Lage versetzt werden, persönliche Kompetenzen zu entwickeln, wie z. B. kritisches und analytisches Denken.

„Sicherstellen, dass junge Menschen Zugang zu politischer Bildung haben, die ihnen fundiertes Wissen über politische Systeme, Demokratie und Menschenrechte vermittelt – auch durch Engagement in Gemeinde und Gesellschaft – um so eine aktive Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung zu fördern.“

Die YouthGoals beinhalten u. a. ein stärkeres Vertrauen junger Menschen in die EU. Europäische Werte und eine gemeinsame europäische Identität sind jungen Menschen besonders wichtig. Deshalb fordern die Teilnehmenden verstärkte Bildung zum Thema Europa sowohl schulisch als auch außerschulisch. Wichtige Bildungsthemen sind für junge Menschen außerdem „Gleichstellung der Geschlechter“ und „Inklusion“. Sie fordern, dass alle jungen Menschen Zugang zu Bildungsangeboten haben.

Non-formale Bildung sollte nachhaltig finanziert und mehr anerkannt werden. Ihre Rolle bei der Inklusion und Beteiligung junger Menschen muss gestärkt werden.

Die Teilnehmenden wollen am konstruktiven Dialog teilhaben. Sie wollen, dass junge Menschen befähigt werden, Informationen kritisch und verantwortungsvoll zu nutzen und zu produzieren. Irreführende Nachrichten sollten erkannt und die Genauigkeit von Nachrichten überprüft werden können. Sie sollten besseren Zugang zu jugendgerechten Informationen haben. Eltern und pädagogisches Personal, die mit der Bildung und Erziehung von jungen Menschen befasst sind, sollten über ausreichend Medienkompetenz verfügen.

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Die Teilnehmenden fordern, dass Räume zur Verfügung gestellt werden, die junge Menschen eigenverantwortlich, unabhängig und offen gestalten können. Möglichkeiten zur Jugendbeteiligung müssen in diesen Räumen selbstverständlich sein.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Die Teilnehmenden fordern wirkungsvolle Jugendbeteiligung auf allen Ebenen und eine Prüfung aller politischen Entscheidungen auf Jugendfreundlichkeit. Junge Menschen in ländlichen Regionen sollten sich aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligen können. Entsprechend sollten Aktivitäten dezentral stattfinden und inklusiv sein. Beteiligungs- und Bildungsangebote sollten für alle jungen Menschen zugänglich sein.

Die Teilnehmenden fordern unparteiische und jugendgerechte Informationen über die Funktionsweise und über Beteiligungsmöglichkeiten in der EU. Diese Informationen sollten von und mit jungen Menschen entwickelt werden.

5.8 youpaN (2017-2019)

Bildung über Demokratie

In Schulen sollte es neben der Wissensvermittlung Mitgestaltungsmöglichkeiten geben, Bildung sollte selbstbestimmt und projektorientiert sein. Nicht nur die schulischen Curricula sollten angepasst werden, sondern auch die Art und Weise, wie gelernt wird. Lehrpläne sollten auf nachhaltiges und interdisziplinäres Lernen ausgerichtet werden. Lernorte sollten zu nachhaltiger Lebensweise inspirieren.

„BNE [Bildung für nachhaltige Entwicklung] umfasst Lehrpläneinheiten zu Menschenrechts- und Demokratiebildung, Umwelt- und Klimaschutz, das Erlernen von Grundlagen zur politischen Partizipation, die Beschäftigung mit nachhaltigen Wirtschafts- und Lebenskonzepten sowie die Auseinandersetzung mit Global Citizenship Education (globale Problemlösungsansätze).“

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen des youpaN fordern, dass die Befähigung von jungen Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe ein wichtiges Ziel von Bildungsinstitutionen wird. Jugendlichen sollten mehr partizipative Lernanlässe geboten werden. Sie sollten von klein auf zu Beteiligung ermutigt werden.

„So lernen sie, wie sie aus eigenen Träumen und eigener Kraft demokratisch basierten Wandel schaffen und wie sie ihre oft wertvolle jugendliche Perspektive in unser gesellschaftliches Meistern von Herausforderungen einbringen können.“

Junge Menschen sollten befähigt werden, Gestaltungskompetenz für die Zukunft zu erwerben, um selbst nachhaltige Entscheidungen treffen zu können. Selbstwirksamkeit erhöht die Motivation zur Mitarbeit, so die Teilnehmenden des youpaN. Sie sehen demokratische Partizipation als ein Grundpfeiler der BNE. Die Beziehungen von Schülerinnen und Schülern zur Lehrkraft sollten auf Augenhöhe sein. Demokratische Strukturen sollten fester Bestandteil von Bildungsprozessen sein.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen des youpaN sehen Schülerinnen- und Schülervertretungen in einer zentralen Rolle. Diese Vertretungen sollten intensiver unterstützt und Schülerinnen und Schüler sollten dazu ermuntert werden, sich dort zu beteiligen. Außerdem werden regelmäßige Schulversammlungen vorgeschlagen, wo alle Schülerinnen und Schüler stimmberechtigt sind. Insgesamt fordert youpaN eine verstärkte Demokratisierung der Schule.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

youpaN fordert, dass Jugendpartizipation grundsätzlich fortwährend gewährleistet wird. Landesweite und kommunale Jugendgremien sollten, mit unterstützenden Beteiligungsbüros und finanziell abgesichert, zum Thema „Zukunftsgestaltung“ arbeiten und sich in politische Strategien und Entscheidungen einbringen. Diese Gremien sollten auf Landes-, kommunaler und Schulebene untereinander im Austausch stehen.

Politische Entscheidungen und Maßnahmen (hier insbesondere: Nationaler Aktionsplan BNE) sollten für alle jungen Menschen verständlich und ansprechend sein.

Sie sollten darüber aufgeklärt werden, welche konkreten Mitgestaltungsmöglichkeiten sie haben – mit inklusiven und zielgruppenorientierten Formaten.

5.9 Webdays (2018)

Bildung über Demokratie

Junge Menschen sollten vor allem in der Schule dafür sensibilisiert werden, dass Inhalte, die über das Internet vermittelt werden, oft vorgefiltert und auf bestimmte Personen abgestimmt sind, so dass sie nicht immer vielfältige Informationen erhalten. Sie sollten dazu in der Lage sein, „Dark Ads“ zu erkennen und kritisch zu hinterfragen. Die Teilnehmenden beschreiben die gezielte Falschinformation, „Fake News“, als Bedrohung für die Meinungsbildung. Junge Menschen und pädagogische Fachkräfte sollten Medienkompetenz erwerben. Die Teilnehmenden fordern schärfere Sanktionen und mehr Einschränkungen im Falle der Verbreitung von Dark Ads und Fake News. Sie fordern außerdem mehr medienkompetente Fachkräfte.

„Es existieren Internetseiten, die [...] unrichtige Nachrichten mit dem Ziel verbreiten, Menschen falsch zu informieren – nicht selten mit dem Ziel gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und Gewalt gegen marginalisierte Menschen zu legitimieren.“

5.10 Urbane Liga (2018)

Bildung über Demokratie

Die Teilnehmenden sind der Ansicht, dass junge Menschen lernen sollten, ihren eigenen Standpunkt zu entwickeln, diesen zu hinterfragen, anzuwenden und bei Verhandlungen zu vertreten.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Erfolgreiche Beteiligungskonzepte gehen laut Urbaner Liga über reine Meinungs- und Willensbildung hinaus.

„Aus Sicht der Urbanen Liga ist Mitgestaltung per se immer politisch.“

In ihrem „Maniflux“ beschreiben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen Selbstwirksamkeit als eine Folge von wirksamer Jugendbeteiligung und gleichzeitig als Antrieb, an weiteren Jugendbeteiligungsprozessen teilzunehmen. Sie schreiben, dass die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zu weiterer Mitwirkung motiviert. Außerdem fördert Selbstwirksamkeit das Verantwortungsgefühl und somit ein offenes Demokratieverständnis. Wenn junge Menschen sich beteiligen, dann werden sie sich ihrer eigenen Mündigkeit bewusst und erfahren, dass sie etwas bewirken können.

„Mitzuwirken bedeutet ‚machen‘ und für die eigenen Überzeugungen und Bedürfnisse einzustehen.“

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen fordern eine bessere finanzielle Ausstattung von Jugendstrukturen und eine verlässliche Kommunikation zwischen Jugend

und Politik/Verwaltung auf Augenhöhe, so dass auf beiden Seiten Vertrauen entstehen kann.

„Mitwirkung fördert ein intaktes Gemeinwesen und, damit verbunden, eine lebendige Demokratie.“

Sie sind der Überzeugung, dass Beteiligungsprozesse wirksam, kreativ, niedrigschwellig, inklusiv und lebensweltorientiert gestaltet sein sollten. Das Format sollte sich den Gegebenheiten anpassen. Es sollten echte Veränderungen von bestehenden Strukturen zugelassen werden. Beteiligung sollte zudem ergebnisoffen verlaufen und es sollte Raum zum Scheitern geben. Die Akteure sollten lösungs- und ergebnisorientiert handeln und sich am Gemeinwohl orientieren.

„Um mehr Menschen zur Beteiligung zu motivieren, muss der Mehrwert, sich zu beteiligen so hoch sein, dass alltägliche Verpflichtungen in den Hintergrund rücken.“

Es sollten freie Räume zur Verfügung gestellt werden, die Treffpunkte für Kommunikation, Austausch und die Entstehung neuer Ideen sein können. Diese Räume brauchen Zeit, Akteure und finanzielle Mittel.

Informationen sind die Grundlage jeder Beteiligung – so die Urbane Liga. Bürokratische Sprache ist wenig ansprechend und verständlich. Informationen und Einladungen zu Beteiligungsprozessen sollten leicht verständlich plattformübergreifend kommuniziert werden, um möglichst viele bzw. vielfältige junge Menschen zu erreichen.

5.11 JugendPolitikTage (2019)

Bildung über Demokratie

Politische Bildung sollte ab der 5. Klasse länderübergreifend mit Schwerpunkt auf Kommunalpolitik unterrichtet werden. Bildung braucht mehr Geld, Lehrkräfte und bessere Qualifizierung. Lernangebote sollte kontextgebunden umgesetzt werden, zum Beispiel durch den Besuch von Kommunalparlamenten. Außerdem sollte auch das derzeit sehr aktuelle politische Thema „Umweltschutz“ intensiver behandelt werden.

„Wir empfehlen, generationenübergreifend mehr in die Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu investieren.“

Die Teilnehmenden empfehlen mobile Bildungseinrichtungen, um die europäische Idee aktiv in alle Regionen Deutschlands tragen zu können. Jungen Menschen sollte darüber hinaus der interkulturelle Austausch ermöglicht werden.

Alle Altersgruppen sollten in einem Digitalkompetenzprogramm den mündigen Umgang mit der digitalen Welt lernen. „Fake News“ sind von offizieller Stelle rechtlich zu unterbinden. Eine kontroverse und multiperspektivische Berichterstattung in Deutschland sollte gefordert und gefördert werden, so dass junge Menschen die Möglichkeit haben, sich auf seriösen Grundlagen zu informieren und eigene Standpunkte zu entwickeln.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Die Teilnehmenden fordern, dass Partizipation von jungen Menschen rechtlich verankert wird. Alle jungen Menschen sollten die Möglichkeit der Beteiligung haben.

Qualifizierte Ansprechpersonen sollten die Durchführung von Beteiligungsprozessen unterstützen und die jungen Menschen bei Bedarf persönlich betreuen. Hierfür sollte es verbindliche Rahmenbedingungen geben. Transparente Berichterstattung und verbindliche Absprachen zum weiteren Vorgehen sollten den Beteiligungsprozess abschließen.

„Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Angelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte sichern. Diese müssen bei sie betreffenden Belangen in den Bundestagssitzungen gehört werden. Hierbei ist ein transparenter Abschlussbericht zur Umsetzung innerhalb eines festgelegten Zeitraums erforderlich.“

Die Teilnehmenden fordern, dass das Wahlalter auf 14 Jahre abgesenkt wird; jüngere Kinder und Jugendliche sollten auf Antrag auch wählen dürfen.

Ein Bundesjugendparlament soll das Recht auf kleine Anfragen, Gesetzesinitiativen, Rederecht und Berichterstattung im Bundestag haben. Hierzu sollten ausreichend finanzielle Mittel und eine hauptamtliche Beratung zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus sollte jährlich eine Bundesjugendkonferenz zur Umsetzung der Jugendstrategie durchgeführt werden. Jugendkonferenzen auf Landes- und kommunaler Ebene werden ebenso gefordert.

Kommunale Interessensvertretungen der Jugend sollten Anspruch auf einen Platz im Kommunalparlament mit Stimmrecht haben. Diese Interessensvertretung sollte finanziell abgesichert sein.

Ein digitales Partizipationstool soll niederschwellige und umfassende Beteiligung auf allen Ebenen ermöglichen. Auf einer Webseite sollten politische Informationen strukturiert und leicht verständlich aufbereitet werden.

5.12 Jugend-Audits im Rahmen der Entwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung (2019)

Bildung über Demokratie

Bildung ist für die Teilnehmenden eine Möglichkeit des Bewusstseinswandels (z. B. zum Thema Umweltschutz). Niedrigschwellige, barrierefreie sowie zielgruppen- und lebensweltorientierte Bildungsarbeit sollte gefördert werden. Antidiskriminierung, Demokratie, Nachhaltigkeit und Ganzheitlichkeit sind Themen, die den Teilnehmenden besonders wichtig sind. „Diversität und soziale Kompetenz“ wird als Unterrichtsfach vorgeschlagen. In der Schule sollten zwischenmenschliche Kompetenzen vermittelt werden. Die Lehrkräfte sollten entsprechend ausgebildet werden.

Die Teilnehmenden fordern Medienkompetenz als Teil der Lehrkräfteausbildung. Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen sollten für „Fake News“ und ihre Bedeutung im Bildungsprozess sensibilisiert werden.

Außerschulische Bildung sollte eine bessere finanzielle Unterstützung erfahren, so dass Strukturen und Angebote ausgebaut werden können.

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Die Teilnehmenden fordern mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung in Bildungsstrukturen.

„Partizipation sollte als echte Mitentscheidung von Schülerinnen und Schülern auf Augenhöhe verstanden werden und kontinuierlich sein.“

Die Bundesschülerinnen- und -schülerkonferenz sollte gesetzlich legitimiert werden, es sollte ein Anhörungsrecht bei der Kultusministerkonferenz geben.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

Die Teilnehmenden stellen fest, dass Jugendbeteiligung für politische Akteure besonders attraktiv ist, wenn sich junge Menschen zu aktuellen Themen zu Wort melden und sich öffentlichkeitswirksam verhalten (wie z. B. bei „Fridays-for-Future“).

Sie fordern, dass junge Menschen in Politik und Wirtschaft dauerhaft vertreten sind und in alle Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Jugendinteressen sollten auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen eine Rolle spielen. Ergebnisoffene Prozesse sowie freie Räume sollten Platz zum Lernen und Ausprobieren bieten.

Die Teilnehmenden fordern konkrete Maßnahmen für mehr Jugendbeteiligung:

- Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz,
- Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre,
- konsequente und verbindliche Jugendbeteiligungsangebote, die die Vielfalt junger Menschen abbilden,
- Einrichtung eines Jugendbeirats zur Jugendstrategie,
- Institutionalisierung von Jugendparlamenten auf Landes- und Bundesebene,
- verbindliche Prüfung von politischen Vorhaben durch Jugendgremien auf Bundes- und Länderebene,
- Vernetzung der Jugendgremien untereinander,
- hauptamtliche Begleitung von Jugendselbstorganisationen.

5.13 UNICEF-Umfrage: My place, my rights – jetzt rede ich! (2019)

Bildung über Demokratie

Das Wissen über die Kinderrechte ist eine wichtige Voraussetzung für das Wahrnehmen dieser Rechte. Weniger als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen hat im Unterricht über Kinderrechte gesprochen.

Das Demokratische an Bildungsprozessen und -strukturen

Die Auswertung der Umfrage zeigt, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule insgesamt schwach ausgeprägt sind. 61% der Schülerinnen und Schüler wünschen sich mehr Möglichkeiten, in der Schule ihre Meinung einzubringen. 3 von 4 Kindern und Jugendlichen geben an, hinsichtlich der Unterrichtsinhalte kein Mitspracherecht zu haben. Gleichzeitig wird der ausdrückliche Wunsch geäußert, den Unterricht gemeinsam zu gestalten. Als Schulleitungen würden die befragten Kinder und Jugendlichen ihre Unterrichtszeiten verändern, bessere Verpflegung organisieren, das Schulgebäude renovieren, mehr Freizeit für Schülerinnen und Schüler ermöglichen, mehr Mitspracherecht in der Schule einführen und die Bildungsinhalte verändern.

Demokratische Mitgestaltung durch junge Menschen

„In den offenen Kommentaren fordern viele der befragten Kinder und Jugendlichen mehr politische Mitsprache. Ihnen ist wichtig, dass ihre Meinung bei politischen Entscheidungen angehört und berücksichtigt wird.“

In einem Abschnitt werden die jungen Menschen gefragt, welche Themen ihnen als Bürgermeisterin oder Bürgermeister besonders wichtig wären. Ein Großteil antwortete, dass sie sich für den Umwelt- und Klimaschutz und für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen einsetzen würden.

Mehr als die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen haben den Wunsch nach politischer Mitbestimmung, insbesondere die älteren Jugendlichen. Nur ein Viertel der jungen Menschen haben das Gefühl, ihre Meinung in ihrer Kommune in politische Entscheidungsprozesse einbringen zu können.

6 Abschließende Bemerkungen

Die Sekundärauswertung hat Ergebnisse von 13 Beteiligungsprozessen separat und zusammenfassend betrachtet. Im Hinblick auf verschiedene Dimensionen von Demokratiebildung und politischer Bildung wurden relevante Inhalte extrahiert und systematisch zusammengeführt.

Die Teilnehmenden der Jugendbeteiligungsprozesse waren sowohl Kinder, Jugendliche als auch junge Erwachsene. Bis zum Alter von 11 Jahren gelten sie in dieser Arbeit als Kinder, 12 bis 17-Jährige als Jugendliche, 18 bis 30-Jährige als junge Erwachsene. Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene werden insgesamt als junge Menschen bezeichnet. In der UNICEF-Umfrage wurde die Perspektive von Kindern und Jugendlichen, die im Alter von 8 bis 17 Jahren waren, erfragt. In Bezug auf alle anderen Beteiligungsprozesse sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12 bis 30 Jahren zu Wort gekommen. Werden Kinder nicht explizit genannt, so wird demzufolge zumeist von der Perspektive Jugendlicher und junger Erwachsenen gesprochen.

Die Befunde enthalten keine Erkenntnisse, die nicht bereits im Rahmen von Einzeldokumentationen zu den Prozessen thematisiert wurden. Auch wenn im Rahmen der Analyse versucht wurde, die Perspektiven der jungen Menschen so objektiv wie möglich wiederzugeben, ist es wahrscheinlich, dass subjektive Sichtweisen in die Ergebnispräsentation eingeflossen sind und gegebenenfalls Aspekte unerwähnt bleiben, die eine Erwähnung wert gewesen wären. Die qualitative Inhaltsanalyse ist abhängig vom fachlichen Hintergrund der Autorin, von ihrem Vorwissen, ihren persönlichen Einschätzungen und ihrem Urteil.

Die Sekundäranalyse ist begrenzt durch die Qualität des vorgefundenen Materials. Manche Themen haben in den Beteiligungsprozessen keine Erwähnung gefunden, andere Aussagen der Jugendlichen sind recht vage geblieben. Auf einige Fragen, die in der Zielstellung benannt wurden, werden möglicherweise keine eindeutigen Antworten gegeben.

Die Aussagen der jungen Menschen wurden in qualitativ und quantitativ sehr unterschiedlichen Prozessen getätigt. Insofern ist eine fachliche Einordnung der zusammenfassenden Ergebnisse gegebenenfalls herausfordernd. In einer künftigen Untersuchung könnten Beteiligungsprozesse, die einer Sekundäranalyse unterzogen werden sollen, zuvor ausführlich kategorisiert werden, um eine bessere Einordnung der Ergebnisse zu ermöglichen.

Die Analyseergebnisse sind vor dem Hintergrund der Dimensionen und Fragen, die in der Einleitung aufgeworfen wurden, entstanden. Es kann sinnvoll sein, einen neuen Beteiligungsprozess zu initiieren und die Teilnehmenden ausdrücklich zu demokratischer/politischer Bildung um ihre Meinung zu bitten.

7 Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bijan, Amini (2018): Johann Heinrich Pestalozzi. Einführung in Leben und Werk. Pinneberg.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2015): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Berlin. 3. Auflage, <https://www.bmfsfj.de/blob/94118/c49d4097174e67464b56a5365bc8602f/kindergerechtes-deutschland-broschuere-qualitaetsstandards-data.pdf> (abgerufen am 3.2.2020)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): JugendPolitikTage 2017. Dokumentation. Berlin, <https://www.bmfsfj.de/blob/117546/044660a4aee7e5453c51b552cfdd8d19/jugend-politik-tage-2017-dokumentation-data.pdf> (abgerufen am 3.2.2020)
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Hrsg.) (2018): Unser Klima! Unsere Zukunft! Jugenddialog anlässlich der 23. Weltklimakonferenz in Bonn. Berlin, https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/jugenddialog_cop_23_bf.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2014): Ichmache>Politik. Broschüre. Macht>Junge Politik! Berlin.
- Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2016): Zusammenleben mitgestalten. JuPiD 2016 – Jugend und Politik im Dialog 2016. Ergebnisse der Veranstaltung vom 12. bis 14. November in Weimar. Berlin, <https://mitwirkung.dbjr.de/wp-content/uploads/2017/08/JuPiD-2016-Dokumentation.pdf> (abgerufen am 3.2.2020)
- Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2017): Ichmache>Politik|Demografie. Demografiepolitik jugendgerecht gestalten. Berlin, https://mitwirkung.dbjr.de/wp-content/uploads/2017/10/171012-Brosch%C3%BCre-web_fi-nal.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2018): Die Youth Goals – Europäische Jugendziele. Berlin, https://mitwirkung.dbjr.de/wp-content/uploads/2018/12/2018-11_dbjr_youth_goals_broschuere_aktualisiert_WEB.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- Deutsches Komitee für UNICEF e. V. (2019): Gesamtbericht zu den Umfrageergebnissen. MY PLACE. MY RIGHTS. Jetzt rede ich! Köln, <https://www.unicef.de/blob/203724/840cc7b71c99708f94789f65084c1dcc/umfrageergebnis---my-place-my-rights-data.pdf> (abgerufen am 3.2.2020)
- Gläser, Jochen / Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden
- Hafeneger, Benno (2018): Politische Bildung. In: Tippelt, Rudolf / Schmidt-Hertha, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden, S. 861–880. 3. durchgesehene Auflage
- Heaton, Janet (2008): Secondary Analysis of Qualitative Data. An Overview. Historical Social Research, 33(3), Wiesbaden, S. 33–45, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-191439> (abgerufen am 3.2.2020)
- IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (2018): Agenda Jugendgerechter Daten- und Verbraucherschutz in der digitalen Welt. Bonn, https://webdays.net/wordpress/wp-content/uploads/2019/07/Webdays2018_Agenda.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- Jugendpresse Deutschland e. V. (Hrsg.) (2019): JugendPolitikTage 2019. Dokumentation. Berlin, https://issuu.com/jugendpresse-deutschland/docs/190110_jpt_brosch_re_2019_fin_web (abgerufen am 19.2.2021)
- Kaase, Max (1997): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk / Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen, S. 159–174, 3. überarbeitete Auflage
- Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (2015): „Schaut doch mal hin! Wir sind anders als Ihr denkt!“ Unser Image in Medien, Politik und Gesellschaft. 2. Jugendworkshop zur Jugendstrategie 2015-2018 am 16. bis 18. Oktober 2015 in Berlin. Berlin, https://archiv.jugendgerecht.de/downloads/Dokumentation_2_Jugendworkshop_10-2015.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- nexus. Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH (2017): Jugendreport – Unser Klima! Unsere Zukunft! Jugenddialog anlässlich der 23. Weltklimakonferenz in Bonn. Berlin, https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/jugenddialog_cop_23_bf.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- stadtstattstrand (2018): Urbane Liga #Auftakt. 09. - 11. Juni 2018 CRCLR House Berlin. Dokumentation, https://urbane-liga.de/wpfiles/wp-content/uploads/2019/07/Dokumentation_Auftakt_Urbane-Liga_2018_stadtstattstrand_BF_web.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- stadtstattstrand (2019): Urbane Liga Denklabor #2. Mitwirkung und Mitgestaltung. Dokumentation, https://urbane-liga.de/wpfiles/wp-content/uploads/2019/08/Dokumentation_Denklabor_2_stadtstattstrand.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- Stiftung Bildung (2019): Forderungen des youpaN, https://youpan.de/wp-content/uploads/2019/07/youpaN_Forderungen.pdf (abgerufen am 3.2.2020)
- Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ (2019): Jugend-Audit „Vielfalt und Teilhabe“ am 30. März 2019 in Berlin – Kurzbericht (unveröffentlicht)
- Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ (2019): Jugend-Audit „Umwelt“ am 16. Juni im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit – Bericht (unveröffentlicht)

Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ (2019): Jugend-Audit am 25. Mai 2019 in Erfurt zu den Themen „Mobilität & Digitales“ sowie „Bildung & Arbeit, Freiräume“ – Kurzbericht (unveröffentlicht)